

**Begleittext
zum Doppelblatt**

**VERTRIEBENE,
DEUTSCHE AUS DER SBZ/DDR
UND AUSLÄNDER**
aus dem Themenbereich III
BEVÖLKERUNG

von

Claudia Averbeck

Herausgegeben von der
Geographischen Kommission für Westfalen
Landschaftsverband Westfalen-Lippe



Aschendorff Münster
1997

INHALT

1.	Einleitung	1	3.	Ausländer	13
1.1	Inhalt und Aufbau	1	3.1	Die Situation 1961 (zu Karte 2.1)	13
1.2	Begriffsbestimmungen	2	3.2	Die Entwicklung der Ausländer- beschäftigung bis 1975 (zu Karte 2.2)	14
2.	Vertriebene und Deutsche aus der SBZ/DDR	4	3.3	Die Phase der Konsolidierung und Umstrukturierung bis 1987 (zu Karte 2.3)	20
2.1	Die Situation zwischen 1945 und 1950	4	3.4	Die Entwicklung bis 1995 (zu Karte 2.4)	26
2.2	Die regionale Verteilung 1950 (zu Karten 1.1 und 1.3)	5	3.5	Verlauf und Perspektiven der Integration von Ausländern	33
2.3	Die Herkunft der Vertriebenen 1954/55 (zu Karte 1.1)	7			
2.4	Die Veränderung der regionalen Verteilung bis 1961	9			
2.4.1	Vertriebene (zu Karte 1.2)	9			
2.4.2	Deutsche aus der SBZ/DDR (zu Karte 1.4)	11			
				Literatur	35

Vertriebene, Deutsche aus der SBZ/DDR und Ausländer

VON CLAUDIA AVERBECK

1. EINLEITUNG

1.1 INHALT UND AUFBAU

Die Bevölkerungsstruktur Nordrhein-Westfalens wird seit Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Bedeutung des Landes als Zielgebiet großräumiger Bevölkerungsbewegungen geprägt: Bis Mitte der 60er Jahre wurden überwiegend Vertriebene sowie bis zur Schließung der Grenze im Jahr 1961 Personen aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der ehemaligen DDR aufgenommen. Zwischen 1955 und 1973 erfolgten die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, sog. 'Gastarbeitern', und über diesen Zeitraum hinaus der Nachzug ihrer Familien. In den 80er und 90er Jahren verstärkte sich schließlich die Zuwanderung von Aus- und Spätaussiedlern sowie von Flüchtlingen aus Osteuropa, Asien und Afrika (zu den Begriffsbestimmungen vgl. Kap. 1.2). Allen Personengruppen ist gemeinsam, daß sie als Zu- oder Einwanderer aus anderen Regionen oder Staaten in die einheimische Bevölkerung dauerhaft oder zumindest für einen gewissen Zeitraum zu integrieren waren bzw. sind. So war zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1961 etwa jeder fünfte Bürger Nordrhein-Westfalens Heimatvertriebener oder stammte aus der SBZ/DDR, im Jahr 1995 war etwa jeder Zehnte Ausländer.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Atlasblattes liegt bei der ausländischen Bevölkerung; daher wird von einer Beschreibung der räumlichen Verteilung der Aus- und Spätaussiedler als deutsche Staatsangehörige bzw. Volkzugehörige abgesehen, obwohl diese aufgrund von Sprachbarrieren und kulturellen Unterschieden ungeachtet ihres deutschen Ausweises häufig als 'fremd' empfunden werden. Dagegen sind Teile der ausländischen Bevölkerung, die bereits seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland leben oder hier geboren wurden, trotz aller Integrationsprobleme und zunehmender Fremdenfeindlichkeit als 'einheimische Ausländer' Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Bereits hieran wird die Unzulänglichkeit des in der Praxis gebräuch-

lichen Abgrenzungskriteriums zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung einzig aufgrund der Feststellung der Staatsangehörigkeit deutlich (vgl. Kap. 1.2). Der Ausländerbegriff wird daher im offiziellen Sprachgebrauch häufig durch Formulierungen wie „Migrant“ oder „Person mit ausländischem Paß“ ersetzt (vgl. Ausländerbeauftragte 1995, S. 14). Weiterhin ist eine zusammenfassende Beschreibung der in sich differierenden ausländischen Bevölkerungsgruppe problematisch; eine detaillierte Betrachtung innerhalb des hier vorgegebenen Rahmens ist aber kaum möglich, so daß Verallgemeinerungen letztlich unumgänglich bleiben.

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen die Fragen nach Umfang, Herkunft und regionalen Unterschieden in der Verteilung von Vertriebenen und Flüchtlingen im zeitlichen Verlauf einerseits sowie von Ausländern andererseits. Soziale, demographische und wirtschaftliche Aspekte werden als Erklärungsgrößen für diese räumlichen Phänomene herangezogen.

Umfangreiches Datenmaterial über Vertriebene und Deutsche aus der SBZ/DDR stand anhand der Volkszählungsergebnisse der Jahre 1950 und 1961 sowie der Statistik über Antragsteller auf Ausweise nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz von 1954/55 auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte zur Verfügung. Als Datengrundlage für Aussagen zur ausländischen Wohnbevölkerung dienen die Volkszählungsergebnisse des Jahres 1961 sowie die Jahresstatistiken des Ausländerzentralregisters der Jahre 1975, 1987 und 1995. Bezugsebene dieser Daten sind die Regierungsbezirke (1961) bzw. die Kreise und kreisfreien Städte.

Auf Gemeindeebene liegen zwar Fortschreibungsergebnisse zur sog. 'nicht-deutschen' Bevölkerung vor, diese erscheinen jedoch im Abgleich mit der jährlichen Statistik des Ausländerzentralregisters als ungenau bzw. überhöht und wurden daher bei der Erstellung des Atlasblattes nicht verwendet. Die hierdurch erzwungene regierungsbezirks- bzw. kreisbezogene Darstellungsweise läßt zwar innerhalb der

genannten Verwaltungseinheiten auf eine Gleichverteilung der untersuchten Personengruppen schließen, tatsächlich muß jedoch von erheblichen Unterschieden zwischen einzelnen Städten und Gemeinden ausgegangen werden, sowie sie sich auch im Vergleich der Kreise und kreisfreien Städte untereinander widerspiegeln.

Der Chronologie der Zuwanderung entsprechend wird im ersten Teil des Atlas-Doppelblattes (**Karten 1.1 - 1.4**) die räumliche Verteilung der Vertriebenen sowie der Deutschen aus der SBZ/DDR dargestellt (Gebietsstand 1970). Die **Karten 1.1** und **1.2** geben einen Überblick über die absoluten Zahlen und die Anteile der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 1950 und 1961; die Herkunft der Vertriebenen, die im Zusammenhang mit der Antragstellung auf die Bundesvertriebenenausweise von 1954 bis 1955 ermittelt wurde, wird zusätzlich in **Karte 1.1** abgebildet. In den **Karten 1.3** und **1.4** erfolgt eine Übersicht über die Verteilung der Deutschen aus der SBZ/DDR im gleichen Zeitraum.

Mit den **Karten 2.1 - 2.4** stellt der zweite Teil des Atlasblattes die Entwicklung der nationalen Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung sowie ihrer regionalen Verteilung anhand der absoluten Zahlen und der Anteile an der Gesamtbevölkerung dar. Entsprechend den Zuwanderungsphasen und den hierzu verfügbaren Daten werden vier zeitliche Schnitte (1961, 1975, 1987 und 1995) abgebildet. Die in **Karte 2.1** ausgewiesenen Nationalitäten sind dabei andere als in den drei anschließenden Darstellungen, da sich die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung im Jahr 1961 grundlegend von den späteren Gruppierungen unterscheidet. Ergänzende Informationen über demographische und sozio-ökonomische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Aufenthaltsdauer und Erwerbsstruktur enthält Kapitel 2 des Belegtextes.

1.2 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Die Definition von Vertriebenen, Deutschen aus der SBZ/DDR und Ausländern erfolgt in den amtlichen Statistiken, die die Grundlage des vorliegenden Atlasblattes bilden, anhand ihres jeweiligen Rechtsstatus.

Unter dem Begriff *Vertriebene* faßt § 1 BVFG (Bundesvertriebenenengesetz von 1953) die sog. 'Ostflüchtlinge' und 'Ostvertriebenen' zu-

sammen. Hierbei handelt es sich um Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit, die am 31. September 1939 ihren ständigen Wohnsitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder in Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches hatten (Gebietsstand vom 31. Dezember 1937) und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge von Vertreibung und besonderer Ausweisung oder Flucht verloren haben, einschließlich ihrer nach diesem Zeitpunkt geborenen Kinder. Dagegen werden Personen, die diese Gebiete nach Abschluß der Vertreibungsmaßnahmen verlassen haben, als *Aussiedler* (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG) oder *Spätaussiedler* (§ 4 der Neuregelung des BVFG vom 1.1.1993) bezeichnet.

Nach Westdeutschland immigrierte *Deutsche aus der SBZ/DDR* - im allgemeinen Sprachgebrauch auch Flüchtlinge genannt - lassen sich wie folgt abgrenzen: Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit, die am 1. September 1939 ihren ständigen Wohnsitz im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR oder im Sowjetsektor von Berlin bzw. in Berlin (Ost) hatten und nach dem Kriegsende in das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) zugezogen sind, sowie ihre danach geborenen Kinder. Hierzu zählen auch die in § 3 BVFG definierten anerkannten *Sowjetzonenflüchtlinge* bzw. *Flüchtlinge aus der DDR*.

Als *Ausländer* werden - in Gegenüberstellung zum Begriff des Inländers - alle Personen bezeichnet, die keine Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG (Grundgesetz) sind. Diese Definition als sog. 'abstrakter Rechtsbegriff' ist in § 1 Abs. 2 AuslG (Ausländergesetz) geregelt. Aufnahme in die Statistiken des Ausländerzentralregisters finden jedoch nur Ausländer, deren Aufenthalt am Auswertungstichtag länger als drei Monate gemeldet ist bzw. die einen Asylantrag gestellt haben. Nicht erfaßt werden Touristen, Durchreisende und De-facto-Flüchtlinge (s.u.), aber auch Diplomaten und Angehörige in Deutschland stationierter Streitkräfte.

Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen können zunächst nach Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern (Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Tunesien und die Türkei) und an-

deren Herkunftsstaaten unterschieden werden. Die zugewanderten Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern werden im allgemeinen Sprachgebrauch oft auch als 'Gastarbeiter' bezeichnet. Sie erhalten gemeinsam mit ihren Familienangehörigen eine unbefristete Aufenthalts-erlaubnis (§§ 15 und 17 AuslG) oder eine Aufenthaltserlaubnis (§ 27 AuslG) in der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus lassen sich ausländische Arbeitnehmer nach Bürgern aus Staaten der EU und aus Nicht-EU-Ländern trennen. EU-Bürger haben im Gegensatz zu anderen Ausländern als Arbeitnehmer nach dem 'Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der EWG' (AufenthG/EWG) das Recht, „in jedem Mitgliedsland ohne jede Beschränkung aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit unter gleichen Bedingungen wie einheimische Arbeitskräfte tätig zu sein und zu leben“ (HERRMANN 1992, S. 1).

Ausländische Flüchtlinge werden schließlich in folgende Gruppen unterteilt:

1. *Asylbewerber*, die in der Bundesrepublik Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung suchen und einen Asylantrag gestellt haben, über den noch nicht rechtskräftig entschieden wurde, und *Asylberechtigte*, die nach einem förmlichen Verfahren als „politisch verfolgt“ anerkannt worden sind (Art. 16a Abs. 1 GG). Gemäß Art. 1 Nr. 2 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) gelten solche Personen als politisch verfolgt, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder politischen Überzeugung Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt sind oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchten.

Beschränkungen des Asylrechtes ausländischer Flüchtlinge sind in Art. 16a Abs. 2 und 3 GG in Verbindung mit dem AsylVfG (Asylverfahrensgesetz) geregelt: Flüchtlinge, die über sog. „sichere Drittstaaten“ einreisen, haben keinen Anspruch auf Asyl; Flüchtlinge aus sog. „sicheren Herkunftsländern“ können einen Asylantrag stellen, müssen jedoch „Tatsachen“ vortragen, aus denen sich ihre politische Verfolgung ergibt.

Schutz vor politischer Verfolgung aufgrund der Anerkennung der Asylberechtigung oder als Abschiebeschutz - auch als 'kleines Asyl' bezeichnet - wird durch das 'Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge' ge-

währt. Asylberechtigte erhalten nach § 68 Abs. 1 S. 1 AsylVfG eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, Asylbewerber nach § 55 Abs. 1 AsylVfG eine Aufenthaltsgestattung innerhalb des Bezirks ihrer zuständigen Ausländerbehörde; nicht anerkannte Asylbewerber werden dagegen abgeschoben (geregelt in den §§ 34 bis 43b AsylVfG).

2. *Bona-fide-Flüchtlinge*, die vom UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge betrachtet werden, weil sie sich „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung“ im Ausland aufhalten (Art. 1 A Nr. 2 GFK), sowie Personen, die vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. von einem Gericht anerkannt wurden, gegen deren Anerkennung jedoch Rechtsmittel eingelegt wurden.

3. *De-facto-Flüchtlinge*, die trotz rechtskräftiger Ablehnung als Asylbewerber eine Aufenthaltserlaubnis (§ 30 AuslG) oder eine Duldung auf Zeit (§ 55 AuslG) aus humanitären, rechtlichen oder politischen Gründen erhalten, da ihnen bei der Ausweisung erhebliche Gefahr für Leib und Leben droht. Der Aufenthaltsstatus der Aufenthaltserlaubnis kann gem. § 35 AuslG nach acht Jahren zu einem Daueraufenthalt werden. Zu den De-facto-Flüchtlingen zählt das Bundesinnenministerium auch Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben, die jedoch aus humanitären oder politischen Gründen nicht abgeschoben werden können.

4. *Kontingentflüchtlinge* aus Krisengebieten, für deren Aufnahme die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen Kontingente zur Verfügung gestellt hat (z.B. 'boat-people' aus Vietnam, Albaner oder Juden aus der ehem. Sowjetunion). Die Aufnahme dieser Flüchtlinge orientiert sich somit nicht an ihrem individuellen Verfolgungsschicksal; die Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention oder des Art. 16a GG müssen nicht erfüllt sein. In rechtlicher Hinsicht sind sie den Asylberechtigten nahezu gleichgestellt; ihnen wird eine Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland gewährt (§§ 32 und 33 AuslG in Verbindung mit dem 'Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge').

5. *Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge* können seit dem 1. Juli 1993 ohne Einzelfallprüfung vorübergehend Schutz in der Bundesre-

publik Deutschland (Aufenthaltsbefugnis) erhalten, unter der Voraussetzung, daß sie keinen Asylantrag gestellt haben bzw. einen bereits gestellten Asylantrag wieder zurückziehen (§ 32a AuslG). Dabei handelt es sich „fast ausschließlich um Moslems aus Bosnien-Herzegowina, deren Rückkehr die Bundesregierung seit 1996 aktiv betreibt“ (MÜNZ et al. 1997, S. 49).

2. VERTRIEBENE UND DEUTSCHE AUS DER SBZ/DDR

2.1 DIE SITUATION ZWISCHEN 1945 UND 1950

Infolge des Zweiten Weltkrieges mußten in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 1950 ca. 7,88 Millionen aus ihrer Heimat Vertriebene und ca. 1,56 Millionen Zugewanderte und Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR aufgenommen werden (JOLLES 1965). Ungeachtet ihrer großen Anzahl sollten diese Personen offiziell nicht als Sondergruppe betrachtet und möglichst rasch eingegliedert werden. Die hiermit einhergehenden Probleme, wie z.B. die Bereitstellung von Entschädigungszahlungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, Arbeitsmarktkonkurrenz oder Wohnungsmangel, führten teilweise zu ablehnenden Reaktionen seitens der ortsansässigen Bevölkerung. Die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge wurde jedoch dadurch erleichtert, daß ihr Zustrom in einer Phase gleichzeitiger Mobilität der einheimischen Bevölkerung stattfand (Evakuierte, Spätheimkehrer, Suche nach neuem Wohnraum etc.); hinzu kam der wirtschaftliche Aufschwung seit der Währungsreform 1948 (ANGENENDT 1992).

Bei der Unterbringung der Vertriebenen ergaben sich erhebliche regionale Unterschiede, da agrarisch strukturierte Gebiete wegen ihrer besseren Unterbringungsmöglichkeiten und Versorgungssituation mit Lebensmitteln stärker durch Zuwanderungen gekennzeichnet waren als Industrieregionen. Die hierdurch bedingte anfängliche Konzentration der Vertriebenen in den ländlichen Regionen gewährleistete die Deckung des hohen Arbeitskräftebedarfs, der sowohl in der Landwirtschaft als auch für den raschen Wiederaufbau der dort angesiedelten zerstörten Betriebe festzustellen war (KLEINERT 1990). Hauptaufnahmegebiete wa-

ren die sowjetische Besatzungszone und in den westlichen Besatzungszonen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Nordrhein-Westfalen war dagegen eine der am stärksten durch die gravierenden Kriegszerstörungen von Wohnraum und Industrieanlagen betroffenen Regionen Deutschlands; das Ruhrgebiet und große Teile des Rheinlandes wurden deshalb durch die britische Militärregierung weitgehend für die ersten Vertriebenenströme gesperrt. Ausnahmen galten für die Personen, die zur Überwindung des Kohleengpasses in der Zeit vor der Währungsreform als Arbeitskräfte im Ruhrbergbau zum Einsatz kamen.

Nach der Währungsreform 1948 bedeutete der Aufenthalt in den ländlichen Regionen für die Zuwanderer keinen Vorteil mehr; es herrschte Arbeitsmangel, und die Gelegenheitsarbeiten in der Landwirtschaft reichten nicht als alleinige Einkommensquelle für den Lebensunterhalt aus (MÜLLER/SIMON 1959). Daher setzten zu diesem Zeitpunkt - noch vor der behördlich gelenkten Umsiedlung - die Binnenwanderung der Vertriebenen und in geringerem Maße ebenfalls die Zuwanderung von Deutschen aus der SBZ/DDR in die industriellen Zentren ein, in denen Arbeitsplätze vorhanden waren. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 wurden darüber hinaus konkrete Maßnahmen mit dem Ziel eingeleitet, die Vertriebenen durch Umsiedlungsprogramme und -verordnungen neu auf die einzelnen Länder zu verteilen, um einen Bevölkerungsausgleich auf nationaler Ebene herbeizuführen und dem Arbeitskräftemangel in den industriellen Ballungsgebieten entgegenzuwirken (ANGENENDT 1992). Am 29.11.1949 trat die 'Verordnung zur Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein' in Kraft, gefolgt von weiteren Programmen in den 50er Jahren (BVFK 1969).

Eine notwendige Voraussetzung für die Umsiedlungsmaßnahmen war die Schaffung von Wohnraum, vor allem in den stark zerstörten Zuzugsgebieten, zumal im Jahr 1950 noch zwei Drittel aller Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland als Untermieter und 11% in Notunterkünften lebten (MÜLLER/SIMON 1959). So wurde im 1. Wohnungsbaugesetz des gleichen Jahres die Förderung des sozialen Wohnungsbaus als vordringliche Aufgabe geregelt. In Nordrhein-Westfalen dauerte es bis Ende

1950, ehe der Bau von Umsiedlerwohnungen beginnen konnte, da diese Maßnahmen durch die Landesregierung von der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel abhängig gemacht wurden, welche jedoch erst im Juli 1950 erfolgte. **Karte 1.1** zeigt somit die Verteilung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen vor Beginn der behördlich gelenkten Umsiedlungsmaßnahmen, **Karte 1.2** die Verteilung nach deren Beendigung.

2.2 DIE REGIONALE VERTEILUNG 1950 (zu **Karten 1.1** und **1.3**)

Die genannten Ausgangsbedingungen führten dazu, daß im Jahr 1950 die Anteile der Vertriebenen und der Deutschen aus der SBZ/DDR an der nordrhein-westfälischen Bevölkerung mit 10,1% bzw. 2,0% im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (16,5% bzw. 3,4%) noch relativ gering waren. Gleichzeitig ließen sich - wie auf Bundesebene - Konzentrationen der Zuwanderer auf ländliche, wirtschaftlich schwächere Regionen feststellen. Aus einem Vergleich der Anteile der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung zwischen Gemeinden mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen geht hervor, welche Rolle die städtischen und die ländlichen Gebiete bei der Unterbringung der Einwanderer in den ersten Nachkriegsjahren spielten. Tabelle 1 zeigt eine deutliche Konzentration der Vertriebenen auf die ländlichen Regionen zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950. So lebten 39,5% aller Vertriebenen in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern, weitere 15,8% in Gemeinden mit 2.000 bis unter 5.000 Einwohnern (NELLNER 1959). Die kleineren Städte und Gemeinden verzeichne-

ten auf Bundesebene im Durchschnitt Vertriebenenanteile an der Gesamtbevölkerung zwischen 23,5% (unter 1.000 EW) und 19,2% (2.000 bis unter 5.000 EW) sowie in Nordrhein-Westfalen zwischen 16,7% und 13,7% (vgl. Tab. 1). Mit zunehmender Gemeinde- bzw. Stadtgröße gingen diese Anteile kontinuierlich bis auf 9,5% bzw. 6,7% in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern zurück.

Die positiven Folgen des schwerpunktmäßigen Zuzugs der Vertriebenen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im ländlichen Raum lassen sich in verschiedenen Bereichen erkennen. Soweit es die jeweiligen Rahmenbedingungen erlaubten, wurden neue Unternehmen gegründet und die landwirtschaftliche Nutzfläche vermehrt, so daß sich ehemals wirtschaftlich monostrukturierte in agrarisch-gewerblich-industriell geprägte Gebiete wandelten. Auch führte eine rege Bautätigkeit, begünstigt durch die finanziellen Hilfsprogramme von Bund und Ländern, zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und zu teils beträchtlichen Vergrößerungen der Siedlungsflächen in den Gemeinden. So entstand z.B. im Altkreis Lübbecke die 'Flüchtlingsstadt' Espelkamp. Nicht zuletzt kam es nach einer ersten Phase der Ablehnung durch die einheimische Bevölkerung zu einer Öffnung gegenüber den Zugewanderten mit ihren unterschiedlichen Traditionen und oft nicht-dörflichen Lebensweisen. Hierdurch änderten diese Räume im Laufe der Zeit „ihr ländliches, lokal ausgerichtetes tradiertes Gepräge zugunsten einer überregionalen, vor allem von den urbanen, 'modernen' gewerblich-industriellen Orientierungen bestimmten Ausrichtung. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land, der zunächst

Tab. 1: Anteile der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalens nach Gemeindegrößenklassen am 13.9.1950

Gemeinden mit ... Einwohnern	Bundesgebiet (%)	Nordrhein-Westfalen (%)
unter 1.000	23,5	16,7
1.000 bis unter 2.000	21,8	14,5
2.000 bis unter 5.000	19,2	13,7
5.000 bis unter 10.000	18,3	12,9
10.000 bis unter 20.000	16,9	12,1
20.000 bis unter 50.000	15,1	11,0
50.000 bis unter 100.000	12,1	9,6
100.000 und mehr	9,5	6,7
insgesamt	16,5	10,1

(Quelle: NELLNER 1959, S. 87)

im Gefolge des Zustroms der Flüchtlinge noch verschärft worden war, verlor nun durch die strukturellen Folgewirkungen eben dieser Bevölkerungszuwanderung allmählich seine Brisanz“ (SCHULZE 1990, S. 97).

In den beiden Landesteilen Nordrhein-Westfalens entfielen von den etwa 1,33 Millionen im Land aufgenommenen Vertriebenen am 13.9.1950 auf Westfalen 814.567 Personen (61,2%) und auf das Rheinland 517.392 Personen (38,8%) bei einem Anteil der jeweiligen Wohnbevölkerung von 48,8% bzw. 51,2% an der gesamten Landesbevölkerung (LDS NRW

1984; dass. 1993). Westfalen hatte mit 12,6% einen deutlich höheren Vertriebenenanteil als Nordrhein mit lediglich 7,6%. Dieses Ungleichgewicht ist im wesentlichen auf die unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten in den beiden Landesteilen zurückzuführen, da im Rheinland der Zerstörungsgrad an Wohnraum nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich über dem Westfalens lag. In Westfalen waren zwar weite Teile des Ruhrgebietes sowie die kreisfreien Städte Bocholt, Münster und Siegen stark zerstört worden, dagegen waren die Kriegsschäden an Wohnungen insbesondere in Ostwestfalen (mit Ausnahme der Stadt Biele-

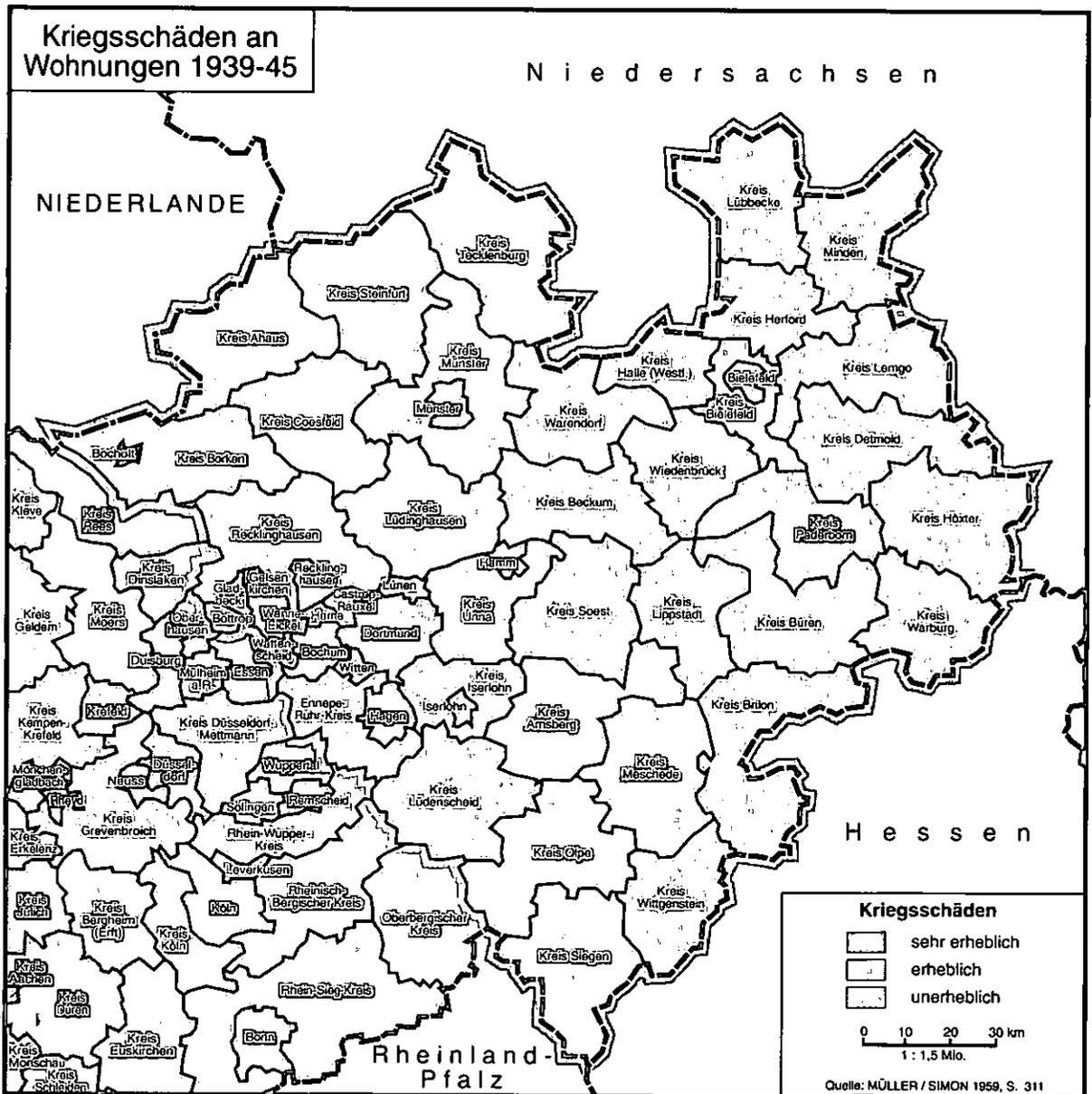


Abb. 1: Kriegsschäden an Wohnungen 1939-45

feld und des Kreises Paderborn), aber auch im Münsterland und im Sauerland geringer oder unbedeutend (vgl. Abb. 1). Zudem boten diese Regionen aufgrund ihrer eher agrarischen Struktur im Vergleich zu Nordrhein sowohl für die einheimische als auch für die zuwandernde Bevölkerung bessere Versorgungsmöglichkeiten. Erschwert wurden die Aufnahme und Versorgung der Vertriebenen in den ländlichen, kaum zerstörten Regionen Westfalens allerdings durch die große Zahl der hier bereits untergebrachten Evakuierten aus den zerstörten Regionen Nordrhein-Westfalens. Die Folge war eine teilweise erhebliche Überbelegung des vorhandenen Wohnraums.

Eine kleinräumige Differenzierung der Verteilung der zugewanderten Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen auf Gemeindeebene ist aufgrund der Datenlage nicht möglich (vgl. Kap. 1.1). Jedoch spiegelt die unterschiedliche Konzentration der Vertriebenen in den Kreisen und kreisfreien Städten auch die Diskrepanz innerhalb der Kreise zwischen ländlichen Gemeinden und Städten wider.

Im Kartenbild zeigt sich bei der Verteilung der Vertriebenen ein deutliches Ost-West-Gefälle. In Westfalen lebte die größte Zahl zwar in der Ruhrgebietsstadt Dortmund mit rd. 35.000 Personen; **Karte 1.1** veranschaulicht jedoch, daß die Vertriebenen überwiegend in Ostwestfalen-Lippe, im Sauerland und im Münsterland untergebracht waren. Die Anteile an der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten Ostwestfalen-Lippes betragen mehrheitlich über 15%. Ausnahmen bildeten lediglich der stark kriegszerstörte Kreis Paderborn (13,9%) sowie die Kreise Lübbecke, Herford und Minden (14,0-14,7%). Letztere waren zunächst von der Verteilung der Vertriebenen weitgehend ausgenommen, da hier die britische Militärregierung ihr Hauptquartier eingerichtet hatte und eine erhebliche Anzahl von Wohnhäusern oder anderen Unterkunftsöglichkeiten belegte (MÜLLER/SIMON 1959). Das Hauptaufnahmegebiet Westfalens stellte der Raum um Bielefeld mit rd. 59.000 Personen dar. Dort wies der Kreis Halle die höchste Quote auf (23,7%), gefolgt vom Kreis Bielefeld mit 18,1%; die Stadt Bielefeld hatte dagegen mit 16,9% einen niedrigeren Anteil als ihr Umland.

Im Münsterland konzentrierten sich die Vertriebenen auf die Kreise des Kernmünsterlandes (13,0-19,4%). Die höchste Quote lag hier im Kreis Beckum, bedingt durch seine gerin-

geren Kriegsschäden sowie die Lage des Aufnahmungs- und Durchgangslagers Ahlen (1945/46) im Kreisgebiet. Geringere Anteile hatten dagegen die Kreise des Westmünsterlandes (12,0-13,4%) sowie die Städte Bocholt (3,8%) und Münster (10,5%). Ebenso blieben im Ruhrgebiet die Städte mit 6,1-13,4% hinter den dortigen Kreisen zurück, die vergleichbare Quoten wie der märkische Raum (12,7-15,0%) aufwiesen. Das östliche Sauerland und insbesondere der Kreis Wittgenstein verzeichneten wiederum aufgrund ihrer guten Unterbringungsmöglichkeiten mit 13,4-20,9% höhere Anteile; die Kreise Olpe und Siegen, die von den Kriegseinwirkungen stärker betroffen waren, hatten dagegen lediglich 8,5%- bzw. 11,9%-Anteile.

Einen weitaus geringeren Umfang hatte dagegen die Vertriebenenwanderung bis 1950 im Landesteil Nordrhein. Hier lagen die absoluten Zahlen zwar in Essen und Düsseldorf mit rd. 35.000 bzw. 31.000 Personen besonders hoch. Dennoch fanden sich in den Städten der Rhein-Ruhr-Ballung mit Ausnahme von Bonn (9,4%) und Leverkusen (12,0%), aber auch im Aachener Raum und am Niederrhein lediglich Vertriebenenanteile von mehrheitlich weniger als 7%. Dagegen betragen die Quoten der übrigen Landkreise 8,9-16,4%.

Im Gegensatz zu den Vertriebenen war in Nordrhein-Westfalen zum gleichen Zeitpunkt die Zahl der Flüchtlinge und Zuwanderer aus der SBZ/DDR - wie im gesamten Bundesgebiet - mit insgesamt 269.033 noch von untergeordneter Bedeutung; die regionale Verteilung dieses Personenkreises war im Vergleich allerdings wesentlich ausgewogener: Er lebte je etwa zur Hälfte in Westfalen (134.380) und im Rheinland (134.653) bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,1% bzw. 2,0%. **Karte 1.3** läßt lediglich in Ostwestfalen-Lippe in den Kreisen Detmold und Minden sowie in der Stadt Bielefeld Anteile deutlich über dem Landesdurchschnitt erkennen (3,0-3,6%).

2.3 DIE HERKUNFT DER VERTRIEBENEN 1954/55 (zu **Karte 1.1**)

In den Jahren 1954 und 1955 wurde in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Antragstellung auf die Ausweisung nach dem Bundesvertriebenengesetz eine Statistik über die Herkunft der vertriebenen Bevölkerung erstellt. Die Mehrheit der Vertrie-

Tab. 2: Vertriebene nach ihrer Herkunft in der Bundesrepublik Deutschland sowie in Nordrhein-Westfalen und seinen Landesteilen im Jahr 1954/55 (Anteile in %)

Herkunftsgebiete	Bundesgebiet	NRW gesamt	Nordrhein	Westfalen
Ostpreußen	17,1	24,5	26,2	22,6
Ost-Pommern	11,3	12,1	16,4	11,0
Schlesien	26,1	39,5	28,7	42,3
andere Gebiete	45,5	23,9	28,7	24,1

(Quelle: LDS NRW 1984, 142ff.; NELLNER 1959, S. 128)

benen im gesamten Bundesgebiet kam demnach zum damaligen Zeitpunkt aus Ländern Ost- und Südosteuropas, in Nordrhein-Westfalen hingegen mit 39,5% aus Schlesien sowie mit 24,5% aus Ostpreußen (vgl. Tab. 2). Dieses Ungleichgewicht resultierte aus den Verteilungsquoten der Vertriebenen durch den Alliierten Kontrollrat, welcher der britischen Besatzungszone - im Gegensatz zur amerikanischen - überwiegend Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten zuwies (BENZ 1992). Die Möglichkeiten für eine Eingliederung speziell der Gruppe der Schlesier in das Bundesland Nordrhein-Westfalen erschien aus damaliger Sicht relativ günstig, da die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes „gewisse verwandte Züge“ mit der Schlesiens aufwies (GRANICKY 1949, S. 9). Dennoch wurden die Vertriebenen hinsichtlich ihrer kulturellen Identität, ihres sozialen Status, ihrer ländlichen oder städtischen Herkunft oder ihrer Konfessionszugehörigkeit durch ihre Neuansiedlung teilweise „einem tiefgreifenden sozialen Strukturwandel unterworfen“ (LENDL 1959, S. 467).

Auch innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen bestanden erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Herkunft der Vertriebenen. Während in Westfalen annähernd jeder zweite Vertriebene (42,3%) aus Schlesien stammte, betrug der Schlesier-Anteil im Landesteil Nordrhein lediglich 28,7%. Umgekehrt lagen die Anteile der Ostpreußen und Ost-Pommern im Rheinland mit insgesamt 42,6% erheblich höher als in Westfalen (33,6%).

Die regionale Verteilung der Vertriebenen aus den unterschiedlichen Herkunftsgebieten innerhalb Nordrhein-Westfalens in den Jahren 1954/55 läßt sich aus Karte 1.1 ablesen. Es wird deutlich, daß sich die Vertriebenen je nach ihrer Herkunft und in unterschiedlichem Maße auf bestimmte Regionen konzentrierten. So lebten Personen aus Ostpreußen, Ost-Pommern

sowie Ost- und Südosteuropa vor allem in industrialisierten Städten und Kreisen - hier insbesondere im Ruhrgebiet, dem traditionellen Zuwanderungsgebiet für Arbeitsmigranten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten seit dem späten 19. Jahrhundert (vgl. STEFANSKI 1995). In ländlichen Regionen konzentrierten sich hingegen eher Vertriebene aus Schlesien.

In Westfalen wiesen das Ruhrgebiet, das Minden-Ravensberger Land und die Mehrzahl der kreisfreien Städte eine nach der Herkunft der Zuwanderer eher heterogene Bevölkerung auf. Überdurchschnittliche Anteile der Ostpreußen an allen Vertriebenen fanden sich im Kreis Minden und im gesamten Ruhrgebiet. Personen aus Vertreibungsgebieten Ost- und Südosteuropas lebten bevorzugt in Minden-Ravensberg, in Teilen des Ruhrgebietes sowie in Bocholt, Münster und Siegen, Vertriebene aus Ost-Pommern in Minden-Ravensberg und Lippe, im südlichen Ruhrgebiet sowie in Bocholt, Hamm und Münster. In allen anderen Städten und Kreisen Westfalens lag der Anteil der Schlesier über 45%, in den ländlichen Kreisen des Münsterlandes sowie im gesamten Sauerland überdies zwischen 50% und 70%.

Dagegen fanden sich im Rheinland keine Gebiete mit einer derart deutlichen Dominanz einer einzelnen Vertriebenengruppe, wenngleich sich auch hier gewisse regionale Schwerpunkte nach Herkunftsregionen feststellen lassen. So lag - wie in Westfalen - der Anteil der Ostpreußen an allen Vertriebenen vor allem im Ruhrgebiet über dem Durchschnitt des Landesteils. Aus Ost- und Südosteuropa vertriebene Personen lebten bevorzugt in den kreisfreien Städten des Rhein-Verdichtungsraumes und im Aachener Raum, Schlesier dagegen in den eher ländlich-gewerblich geprägten Regionen Niederrhein und Oberbergisches Land. Überdurchschnittliche Anteile der Ost-Pommern wiesen insbesondere die Kreise des Regierungsbezirks Köln auf.

2.4 DIE VERÄNDERUNG DER REGIONALEN VERTEILUNG BIS 1961

2.4.1 VERTRIEBENE (zu Karte 1.2)

Mit der Rückkehr von Kriegsgefangenen, die ursprünglich in den Vertreibungsgebieten beheimatet waren, und der Zuwanderung von zahlreichen Personen nach einem Zwischenaufenthalt im Gebiet der SBZ/DDR erhöhte sich die Gesamtzahl der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 1961 um rd. zwei Millionen auf insgesamt 9,89 Millionen; ihr Anteil an der damaligen Gesamtbevölkerung stieg damit auf 17,9% an (MAGS NRW 1994). Zu diesem Zeitpunkt war die staatlich gelenkte Umsiedlung der Vertriebenen vor allem in die alten Wirtschaftszentren, die in der Phase des Wiederaufbaus von entscheidender Bedeutung waren, weitgehend abgeschlossen. Die Orientierung der Vertriebenen auf diese Ballungsgebiete, die parallel zur dortigen allgemeinen Erhöhung der Bevölkerungszahlen erfolgte, „beschleunigte den Prozeß der industriellen Verdichtung mit seinen spezifischen Folgen für Siedlungs- und Lebensweise [und] förderte die Verstädterung“ (ABELSHAUSER 1987, S. 235f.). Tabelle 3, die die Verlagerung der Wohnorte der Vertriebenen zwischen 1950 und 1952 auf die Siedlungsregionen mit höherem Verstädterungsgrad darstellt, macht die Geschwindigkeit dieser Entwicklung zu Beginn der 50er Jahre deutlich: Lebte 1950 noch über die Hälfte aller Vertriebenen im ländlichen Raum und in der Ballungsrandzone (51,4%), waren es bereits 1952 nur noch 44,5%.

Bis Mitte der 50er Jahre ließ sich eine weitere Konzentration der Bautätigkeit auf die Wirtschaftszentren feststellen, gleichzeitig ver-

Tab. 3: Verteilung der Vertriebenen auf die Siedlungsregionen der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1952

Siedlungsregionen	Vertriebenenanteile (%)	
	1950	1952
Kreisfreie Städte	22,5	29,1
Weitere Agglomerationen	26,0	26,5
Ballungsrandzone	24,8	21,8
Ländliche Zone	26,6	22,7

(Quelle: PFEIL 1959, S. 453)

blieb aber ein bedeutender Teil der Vertriebenen in den ländlichen Regionen und wurde dort ansässig. Hier fand der Wohnungsbau vor allem in „hoch- und starkvergewerblichten“ Landkreisen (unter 30% der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig) statt, weniger in landwirtschaftlich geprägten Kreisen (60-70% der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig) (PFEIL 1959, S. 450).

Nordrhein-Westfalen, in den ersten Nachkriegsjahren nur in relativ geringem Maße von Zuwanderungen der Vertriebenen betroffen, hatte in den 50er Jahren eine um so stärkere Bedeutung als Zielgebiet der Umsiedlung von rd. einer Million Menschen und - aufgrund der Sogwirkung des industriellen Arbeitskräftebedarfs - an freien Zuwanderungen. Es trug den Hauptanteil an der sog. 'Sekundärwanderung' aus den ursprünglichen Aufnahmeländern der westlichen Besatzungszone. Im Jahr 1961 lebte mit rd. 2,3 Millionen schließlich etwa ein Viertel aller Vertriebenen, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurden, in Nordrhein-Westfalen. Die Umsiedlungsmaßnahmen wurden hier im Jahr 1965 und in der Bundesrepublik insgesamt im Jahr 1967 abgeschlossen.

Durch die Umsiedlung der Vertriebenen wurden zwar die ursprünglichen räumlichen Fehlverteilungen aufgehoben und Engpaßprobleme auf dem Arbeitsmarkt entschärft; diese positive Entwicklung traf jedoch nur eingeschränkt auch auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Vertriebenen in den Zuzugsgebieten zu. Sie bildeten dort ein „mobiles und einsatzbereites Beschäftigungspotential [...], das aus seiner sozialen Not heraus geringe Ansprüche an Beruf, Unterkunft und Einkommen stellte“ (KLEINERT 1990, S. 48). Neben niedrigeren Löhnen und der vorübergehenden Unterbringung in Notunterkünften mußten sie bei ihrer beruflichen Wiedereingliederung oft Arbeitsplätze akzeptieren, die nicht ihrer jeweiligen Ausbildung entsprachen, da arbeitsmarktpolitische Aspekte bei ihrer räumlichen Umverteilung kaum berücksichtigt wurden. Ihren erlernten Beruf konnten dagegen überwiegend Beamte, Ärzte und Apotheker ergreifen, aber auch Ingenieure, Maurer und Bergleute, für die der Bedarf in der Wiederaufbauphase besonders groß war (vgl. Tab. 4). Landwirte und ehemals in landwirtschaftlichen Betrieben Angestellte stellten wiederum eine Sondergruppe unter den Vertriebenen dar, da sie durch den Landverlust

Tab. 4: Erwerbstätige Vertriebene nach ihrem 1954/55 in Nordrhein-Westfalen ausgeübten Beruf (ausgewählte-Berufsgruppen)

Beruf		Erwerbstätige	im Beruf des Vertreibungs- zeitpunkts tätig (%)	von den übrigen in der gleichen Berufsgruppe tätig (%)
Landwirtschaftliche Berufe	a = Gesamt	50.198	9,1	9,4
	b = Selbständige	26.204	5,5	13,9
	c = Abhängige	23.994	12,9	4,2
Bergleute	c	5.071	74,2	63,5
Maurer	a	10.764	83,6	64,5
	b	338	84,6	53,8
	c	10.426	83,6	64,8
Ingenieure	a	5.928	70,0	29,6
	b	514	78,2	25,9
	c	5.414	69,3	29,9
Kaufleute	a	19.611	40,7	40,5
	b	8.644	38,8	38,8
	c	10.967	38,1	42,0
Lehrberufe	a	7.733	86,6	23,6
	b	129	62,8	22,9
	c	7.604	87,0	23,7
Ärzte	a	1.159	97,7	14,8
	b	451	98,2	25,0
	c	708	97,3	10,5
Verwaltungsbeamte und -angestellte	c	23.084	60,3	14,2
Rechtsfinder	c	616	67,4	75,6
Polizeibeamte und -angestellte	c	4.509	56,1	18,5
Vertriebene zusammen	a	388.896	41,0	25,6
	b	54.732	29,9	21,1
	c	334.164	42,8	26,5

(Quelle: LDS NRW 1984 S. 244f.)

mehrheitlich zu einem Berufswechsel gezwungen waren. Die Zuteilung von landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen ermöglichte ihnen bisweilen zumindest partiell einen Verbleib im überkommenen Beruf.

Der staatlich geförderte Wohnungsbau für Vertriebene erfolgte in Nordrhein-Westfalen überwiegend im rheinisch-westfälischen Industriegebiet als städtischem Verdichtungsraum, aber auch in den Übergangsregionen zwischen den großen Agglomerationsgebieten (PFEIL 1959). Hierzu zählten in Westfalen die industrialisierten Kreise zwischen Hannover und dem Ruhrgebiet: von Minden über Herford, Bielefeld, Halle, Wiedenbrück bis Beckum,

begleitet von weiteren Landkreisen mit relativ starker Ansiedlung (Lemgo, Detmold). Der Kreis Lübbecke war demgegenüber zwar nur schwach industrialisiert, es wurden jedoch zahlreiche Personen in der im Jahr 1949 als Siedlung für Vertriebene planmäßig angelegten Stadt Espelkamp-Mittwald im Kreisgebiet untergebracht (vgl. Kap. 2.2).

Bedingt durch diese Entwicklung hatte sich das zahlenmäßige Verhältnis der Vertriebenen zwischen den beiden Landesteilen Nordrhein-Westfalens im Vergleich zu 1950 annähernd ausgeglichen. In Westfalen, welches am 6.6.1961 einen Anteil von 46,9% an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes hatte, leb-

te zu diesem Zeitpunkt mit 1.214.380 Personen etwa die Hälfte (52,8%) dieser zugewanderten und umgesiedelten Bevölkerungsgruppe, mit 1.083.535 Personen die weitere Hälfte (47,2%) in Nordrhein bei einem Anteil von 53,1% an der Landesbevölkerung (LDS NRW 1984; dass. 1993). Daraus errechnet sich für das Rheinland eine durchschnittliche Vertriebenenquote von 12,8%, die nun nur noch etwa ein Viertel unter der Westfalens lag (16,3%).

Karte 1.2 gibt einen Überblick über die Verlagerung der Konzentrationsgebiete der vertriebenen Personen aus den östlich gelegenen ersten Aufnahmegebieten in westliche Regionen und aus den ländlichen Kreisen in die Zentren des Kohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Textilindustrie und deren Umland. In Westfalen verzeichneten die Stadt Bielefeld und ihr Umland, das Hauptkonzentrationsgebiet der Vertriebenen im Jahr 1950, sowie insbesondere das Ruhrgebiet und die märkische Industrieregion einen Zuwachs. Die Siedlungsschwerpunkte der Vertriebenen befanden sich nun in den Städten Dortmund (rd. 86.000), Gelsenkirchen, dem Kreis Recklinghausen (jeweils rd. 54.000) und der Stadt Bochum (rd. 47.000).

Bei den Vertriebenenanteilen in den Kreisen und kreisfreien Städten zeigte sich folgende Veränderung seit 1950: In Ostwestfalen-Lippe lagen die Quoten - mit Ausnahme des Büren-Warburger Raumes - wie zuvor mit mehr als 16,0% im Bereich des westfälischen Mittelwertes oder weit darüber; gleichzeitig wird hier die Verlagerung eines großen Teils der Vertriebenen in die westlich gelegenen Kreise deutlich. Aufgrund der dort vermehrten Schaffung von Wohnraum war vor allem im Raum Bielefeld eine starke Konzentration der Vertriebenen festzustellen; den höchsten Anteil in Ostwestfalen wie auch in Westfalen insgesamt wies mit 26% noch immer der Kreis Halle auf, den höchsten Anstieg von 17% auf 23% verzeichnete dagegen die Stadt Bielefeld selber. Weiterhin erfolgte ein deutlicher Zuwachs von 14% auf 18,5% aufgrund des Wachstums der sog. 'Flüchtlingsstadt' Espelkamp im Kreis Lübbecke (s.o.). Demgegenüber sanken parallel zu den absoluten Zahlen auch die Vertriebenenquoten in den Abgaberäumen der östlich gelegenen ländlichen Kreise Höxter, Warburg und Büren um rd. 1-5% (vgl. STEINBERG 1994).

Im Münsterland fanden sich die geringsten Werte wie 1950 im Westen; in den dortigen

Kreisen sanken die Quoten bei etwa konstanten absoluten Zahlen um bis zu 1% auf 11,2-13,3%. Die Stadt Bocholt wies dagegen zwar weiterhin den niedrigsten Anteil auf (8,1%), jedoch bei einer Zunahme um über 4%. Im Kernmünsterland blieben die Vertriebenenanteile in etwa gleich oder stiegen auf 14,4-20,1% an. Ihr Zuwachs von jeweils unter 1% lag jedoch erheblich unterhalb des westfälischen Durchschnittswachstums von 3,7%.

Ein beträchtlicher Anstieg war hingegen in der kreisfreien Stadt Münster (5,5%), in den Ruhrgebietskreisen und vor allem im märkischen Industrieraum (5,0-7,5%) auf Anteile zwischen 16,4% und 21,0% mit dem Höchstwert in der Stadt Iserlohn festzustellen. Gleichzeitig verdeutlicht **Karte 1.2**, daß die Mehrzahl der Ruhrgebietsstädte noch immer geringere Vertriebenenanteile als ihr Umland aufwies (unter 15%).

Auch in den Kreisen Soest, Arnsberg, Olpe und Siegen stiegen die Quoten um 1-4% an, sie lagen jedoch mit 10,1-17,4% noch deutlich unter den Anteilen der Ballungsrandzone. In den östlichen Sauerlandkreisen Brilon und Meschede sowie im Kreis Wittgenstein verringerten sich die Anteile dagegen, bei gleichzeitig sinkenden absoluten Zahlen, um 2-3% auf 13,9-18,1%.

Im Landesteil Nordrhein orientierten sich die Vertriebenen ebenfalls auf die Großstädte wie Düsseldorf (rd. 95.500), Köln (rd. 79.000) und Essen (rd. 72.500). Bedingt durch den Arbeitskräftebedarf im Rhein-Ruhr-Gebiet stiegen die Anteile dort mehrheitlich überdurchschnittlich um 4-9% und erreichten Werte von 9,5% (Mönchengladbach) bis 19,7% (Rhein-Wupper-Kreis). Dagegen wuchsen die Quoten am Niederrhein lediglich auf 6,9-12,4%, im Aachener Raum auf 5,9-10,9% an.

2.4.2 DEUTSCHE AUS DER SBZ/DDR (zu **Karte 1.4**)

Neben der Gruppe der Vertriebenen gewann während der 50er Jahre auch die Aufnahme von Personen aus der DDR bis zur Grenzsperrung am 13. August 1961 zunehmend an Bedeutung. Deren Gesamtzahl in der Bundesrepublik verdoppelte sich seit 1950; ihr Anteil an der Wohnbevölkerung stieg um das Dreifache auf 6,0% an (MAGS NRW 1994). Unter den sog. Flüchtlingen waren überproportional häufig Facharbeiter, Techniker, Ärzte, Hoch-

schullehrer und Ingenieure vertreten, bedingt durch die „vielfach [...] wirtschaftlichen Beweggründe ihrer Auswanderung [...]. Ihre Erwerbsquote lag um 13% über dem Durchschnitt“ (KLEINERT 1990, S. 49). Diese günstige berufliche Struktur bedeutete einen „entscheidenden Wachstumsfaktor“ für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt in der Wiederaufbauphase (ebd., S. 49). Mit seinem immensen Bedarf an Arbeitskräften war daher gerade Nordrhein-Westfalen wie bereits für die Vertriebenen auch für Personen aus der SBZ/DDR ein bevorzugtes Zuzugs- bzw. Zuteilungsgebiet. Im 'Verteilungsschlüssel der im Notaufnahmeverfahren zugelassenen Sowjetzonenflüchtlinge für die Länder' wurde Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1952 und 1953 insgesamt etwa die Hälfte aller Flüchtlinge zugewiesen (vgl. Tab. 5) bei einem Bevölkerungsanteil des Landes von lediglich 28,4% an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Hinzu kam die Aufnahme von Familienangehörigen bereits in der Bundesrepublik lebender Personen und die Anwerbung von Facharbeitern (JOLLES 1965). Von 1953 bis 1961 wurden insgesamt ca. 580.000 Personen in Nordrhein-Westfalen aufgenommen; diese „Zuwanderung aus der DDR übertraf nun die Sekundärwanderung [der Vertriebenen]“ (KLEINERT 1990, S. 49 und Atlaskarten).

Im Jahr 1961 lebten in Nordrhein-Westfalen schließlich mit 908.800 Personen mehr als dreimal so viele Zugewanderte und Flüchtlinge aus der SBZ/DDR wie noch im Jahr 1950. Ihr Bevölkerungsanteil stieg auf 5,7% an und erreichte damit etwa den Bundesdurchschnitt. Innerhalb Nordrhein-Westfalens zeigte sich eine starke Orientierung der Flüchtlinge auf das Rheinland; hier lebten zum Zeitpunkt der Volkszählung 534.013 Personen im Vergleich zu 374.787 Personen in Westfalen, welches einem jewei-

Tab. 5: Anteil der in Nordrhein-Westfalen aufgenommenen Sowjetzonenflüchtlinge an allen im Notaufnahmeverfahren zugelassenen Personen in der Bundesrepublik Deutschland 1951 - 1953

Zeitraum	SBZ-Flüchtlinge (%)
1.1. - 31.12.1951	23,5
1.1. - 31.03.1952	30,8
1.4. - 31.12.1952	64,5
1.1. - 31.12.1953	43,5

(Quelle: JOLLES 1965, S. 218)

ligen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 6,3% bzw. 5,0% entsprach. Bei der regionalen Verteilung auf Kreisebene zeigte sich folgendes Bild (Karte 1.4):

In Westfalen wuchs - analog zum Anstieg der Vertriebenenquote - auch der Anteil der Flüchtlinge in den kreisfreien Städten sowie im Ruhrgebiet und seinen angrenzenden Kreisen deutlich um 2,0-5,5%. In Dortmund lebten nun rd. 39.000 Personen aus der SBZ/DDR, gefolgt von Bochum und Gelsenkirchen mit je rd. 19.000 Personen bei Anteilen an der Gesamtbevölkerung von 5,0% (Gelsenkirchen) bis 6,1% (Dortmund). Höhere Quoten wies allerdings der Märkische Industrieraum mit Werten zwischen 5,9% und 8,0% auf.

In Ostwestfalen-Lippe lag der höchste Anteil wiederum in Bielefeld und Umgebung (um 6%); im Gegensatz zu den Vertriebenen orientierten sich die Personen aus der SBZ/DDR jedoch mehr auf die Kernstadt selber als auf ihr Umland. Ein geringer Anstieg war dagegen in den ländlichen Gebieten auszumachen (bis zu 3%), der niedrigste Anteil betrug 1,9% (Kreis Büren).

Auch im Sauerland und im Münsterland lagen mit Ausnahme der Stadt Münster (5,9%) die Anteile mit 2,1%-5,2% teilweise deutlich unter dem westfälischen Durchschnitt.

Dagegen lebte die Mehrheit der Deutschen aus der SBZ/DDR im Landesteil Nordrhein insbesondere in den Städten Düsseldorf (rd. 60.000 Personen), Köln (rd. 55.000 Personen), Essen (rd. 38.500 Personen) und Duisburg (rd. 29.500 Personen). In den Städten des Rhein-Ruhr-Gebietes machten die Flüchtlingsquoten dementsprechend sehr hohe Werte zwischen 5,3% und 10,5% sowie in den dortigen Kreisen zwischen 5,1% und 8,2% aus. Anteile überwiegend unterhalb des Durchschnitts wiesen im Rheinland lediglich der Aachener Raum sowie die Region Niederrhein auf (2,0-6,4%).

Die in den Karten 1.1 - 1.4 dargestellte regionale Verteilung der Vertriebenen und Personen aus der SBZ/DDR nach Nordrhein-Westfalen macht nicht nur die Dimension der Zuwanderungsbewegungen infolge des Zweiten Weltkrieges deutlich. Sie zeigt darüber hinaus, in welchem Maße der regionale Arbeitsmarkt in der Phase des Wiederaufbaus und des Wirtschaftsaufschwungs des Landes durch die genannten Bevölkerungsgruppen gestärkt werden konnte. Dennoch bestand in Nordrhein-

Westfalen wie in allen anderen bundesdeutschen Industrieregionen ein weiterer bedeutender Bedarf an Arbeitskräften, der insbesondere nach der Grenzschließung im Jahr 1961 und das dadurch bedingte Ausbleiben des Zuzugs von Personen aus der DDR durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt werden mußte.

3. AUSLÄNDER

3.1 DIE SITUATION 1961 (zu **Karte 2.1**)

Mitte der fünfziger Jahre traten mit Erreichen der Vollbeschäftigung (Arbeitslosenquote unter 1%) Beschäftigungsengpässe auf dem wachsenden bundesdeutschen Arbeitsmarkt auf, vor allem in industriellen Ballungsräumen wie im Rhein-Ruhr-Gebiet (vgl. Kap. 2.2). Um den entstandenen Mehrbedarf zu decken, wurden bereits 1955 Arbeitskräfte aus Italien angeworben und als sog. 'Gastarbeiter' beschäftigt. Es folgten 1960 Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland, zunächst intendiert als „kurzfristige, vorübergehende Maßnahme zur Deckung von Spitzenbedarf“ (HERBERT 1986, S. 191f.). Die ausländischen Arbeitnehmer waren als un- oder angelernte Arbeiter vor allem im sekundären Sektor in Bereichen mit schwerer, schmutziger Arbeit, Akkordlohn, Schicht- und Fließbandarbeit tätig (Baugewerbe, Eisen- und Metallindustrie, Maschinenbau, Bergbau, Textilindustrie etc.). Ihre Anwerbung und Vermittlung an deutsche Firmen erfolgten einerseits anonym und ohne freie Wahl des Arbeitsplatzes durch die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit; andererseits forderten die Unternehmer selber Freunde oder Verwandte bereits bei ihnen beschäftigter 'Gastarbeiter' namentlich an. Die Anstellungsverträge waren in der Regel auf ein Jahr befristet; der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutete für die ausländischen Arbeitnehmer gleichzeitig den Entzug der Aufenthaltserlaubnis (McRAE 1980). Sonderrechte hatten dagegen italienische Arbeitnehmer, die als Angehörige der damaligen EWG „arbeitsrechtlich wie Inländer behandelt“ wurden und „ohne Inanspruchnahme von amtlichen Stellen“ in die Bundesrepublik einreisen und dort arbeiten konnten (ebd., S. 16).

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer stieg folglich seit den fünfziger Jahren kontinuierlich an; über 80% der im Jahr 1961 in der

Bundesrepublik lebenden rd. 686.200 Ausländer waren erwerbstätig (Statistisches Bundesamt 1967). Dagegen hatten asylsuchende Flüchtlinge aus dem Ausland in den fünfziger und sechziger Jahren mit Ausnahme von 1956 ('Ungarnaufstand') und 1968 ('Prager Frühling') noch eine geringe Bedeutung; rd. 90% der Asylanttragsteller kamen aus den Ländern Osteuropas (HÖFLING-SEMNER 1995).

In Nordrhein-Westfalen wurden bei der Volkszählung im Juni 1961 insgesamt rd. 205.000 Ausländer ermittelt; damit betrug ihr Anteil an der dortigen Wohnbevölkerung 1,3% sowie an der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 29,8%. Bedingt durch die demographische Struktur der zu diesem Zeitpunkt angeworbenen Arbeitnehmer hob sich der Männeranteil mit durchschnittlich 67,3% sowie bei Personen aus Spanien, Griechenland und Italien zwischen 77% und 85% deutlich von dem der Gesamtbevölkerung (47,5%) ab (LDS NRW 1964). Erhebliche Differenzen ließen sich ebenfalls bei der Altersverteilung feststellen, da die ausländische Bevölkerung im Vergleich zur deutschen durch einen deutlich höheren Anteil jüngerer Erwerbsbevölkerung charakterisiert war: Die Gruppe der 20- bis unter 40jährigen Ausländer war zu diesem Zeitpunkt mit insgesamt 50% sehr stark vertreten, diejenige der 65jährigen und älteren dagegen mit 4,1% unterrepräsentiert. Diese Verteilung beruhte wiederum überwiegend auf der Altersstruktur der damaligen 'Gastarbeiter', bei denen Personen im Alter zwischen 20 und unter 40 Jahren mit einem Anteil von etwa drei Vierteln noch deutlicher dominierten und Personen im Rentenalter lediglich 2,5% ausmachten (LDS NRW 1964).

Etwa 30% (62.165 Personen) der ausländischen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens lebte Mitte des Jahres 1961 im Landesteil Westfalen; ihr Anteil an der Wohnbevölkerung betrug hier im Durchschnitt 0,8%, in den Regierungsbezirken (RB) Münster und Arnsberg 0,9% sowie im RB Detmold 0,6%. **Karte 2.1** zeigt, daß mit Ausnahme des an die Niederlande grenzenden RB Münster die Quote der Ausländer aus den damaligen Anwerbeländern - Italien, Griechenland und Spanien - mit durchschnittlich 40,4% den Anteil der Niederländer (16,4%) übertraf (vgl. Tab. 6). Letztere bildeten in der Zeit vor der Anwerbung ausländi-

Tab. 6: Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und seinen Landesteilen am 6.6.1961

Staatsangehörigkeit	NRW gesamt		Westfalen		Nordrhein	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Niederlande	49.909	24,4	10.222	16,4	39.687	27,8
Italien	48.007	23,4	16.956	27,3	31.051	21,8
Spanien	13.360	6,5	3.950	6,4	9.410	6,6
Griechenland	13.196	6,4	4.188	6,7	9.008	6,3
Ostblockstaaten	10.259	5,0	4.201	6,8	6.058	4,2
Österreich	10.239	5,0	2.706	4,4	7.533	5,3
Jugoslawien	6.153	3,0	2.040	3,3	4.113	2,9
übriges Europa	18.021	8,8	4.502	7,2	13.519	9,5
staatenlos	18.556	9,1	8.709	14,0	9.847	6,9
übrige Länder	17.051	8,3	4.691	7,5	12.360	8,7
Ausländer insgesamt	204.751	100,0	62.165	100,0	142.586	100,0

(Quelle: LDS NRW 1964, S. 10ff.)

scher Arbeitnehmer infolge der geographischen Nähe ihres Heimatlandes und der wirtschaftlichen Verflechtungen mit Westfalen die Mehrheit der Ausländer in dieser Region. Es folgten Personen aus den Ostblockstaaten (6,8%) und Österreich (4,4%). Im RB Arnsberg lag der 'Gastarbeiteranteil' mit 55% am höchsten, da hier durch die Konzentration von Industrieunternehmen im Ruhrgebiet und im märkischen Raum ein hoher Bedarf an Arbeitnehmern aus den Anwerbeländern bestand. Dagegen wiesen die eher ländlich geprägten RB Detmold und Münster mit 30,6% bzw. 21,5% erheblich geringere 'Gastarbeiteranteile' auf.

Im Landesteil Nordrhein überzog mit Ausnahme des RB Aachen ebenfalls die Quote der Ausländer aus den Anwerbestaaten mit durchschnittlich rd. 35% gegenüber dem Anteil der Niederländer (27,8%) sowie der Personen aus Österreich (5,3%) und den Ostblockstaaten (4,2%). Die Zahl der ausländischen Bevölkerung betrug insgesamt rd. 143.000; die Quoten der Ausländer lagen mit durchschnittlich 1,7% bezogen auf die Gesamtbevölkerung sowie 1,8% im RB Düsseldorf, 1,6% im RB Aachen und 1,4% im RB Köln höher als in Westfalen.

3.2 DIE ENTWICKLUNG DER AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG BIS 1975 (zu Karte 2.2)

Durch die Grenzschießung im August 1961 wurde der weitere Zustrom von Deutschen aus der DDR nach Westdeutschland unterbunden. Hinzu kam, daß die geburtenschwachen Kriegs-

jahrgänge ins Erwerbsleben traten und eine verbesserte Altersvorsorge zu einer Senkung des Renteneintrittalters führte. Weiterhin verlängerten sich die Ausbildungszeiten, und die durchschnittliche Arbeitszeit sank (HERBERT 1986). Diese Faktoren bewirkten eine Verringerung der Zahl der deutschen Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitig kontinuierlich steigendem Arbeitskräftebedarf. Parallel hierzu bestand in den Mittelmeeranrainerstaaten eine hohe Arbeitslosigkeit, so daß die Beschäftigung in der Bundesrepublik auch für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre jeweiligen Herkunftsländer erhebliche Vorteile mit sich brachte. Aufgrund dieses beidseitigen Handlungsdrucks wurden nach den Abkommen von 1955 und 1960 (vgl. Kap. 3.1) weitere Verträge mit der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) geschlossen. Dabei resultierten aus den Abkommen mit Tunesien und Marokko nur geringe Zuwandererzahlen.

Als Folge der neuen Vereinbarungen wurden in den siebziger Jahren die Zuwanderungen aus den 'traditionellen Gastarbeiterationen' Italien, Spanien und Griechenland durch Arbeitnehmer aus Jugoslawien und vor allem aus der Türkei übertroffen. In der Summe läßt sich für diesen Zeitraum eine „unkontrollierte Expansion“ in der Ausländerbeschäftigung feststellen (ESSER 1985, S. 120). Eine Ausnahme stellte die Phase der ersten größeren Nachkriegs-Rezession in der Bundesrepublik Deutschland 1966/67 dar, in deren Folge die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer pa-

rallel zum Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten sank: Jeder dritte 'Gastarbeiter' wurde aufgrund der in den Anwerbeabkommen geregelten kurzfristigen und bedarfsorientierten Beschäftigungsverhältnisse entlassen und kehrte in sein Heimatland zurück (SCHMIEDE 1994).

Nach Überwindung dieser Wirtschaftskrise stiegen die Ausländerzahlen ab 1969 wieder stark an; dies war ein deutliches Zeichen für die Abhängigkeit der Migration ausländischer Arbeitnehmer von Konjunkturzyklen und die Funktion dieser Ausländer als 'Konjunkturpuffer' für die bundesdeutsche Wirtschaft.

Auch aus Sicht der ausländischen Arbeitnehmer waren zunächst Heimatorientierung und Rückkehr aufenthaltsbestimmend. Die Möglichkeit zur 'Gastarbeit' wurde als kurz- bis mittelfristige Einkommensquelle angesehen, um die im Heimatland zurückbleibende Familie finanziell unterstützen und den Lebensstandard - auch nach erfolgter Rückkehr - verbessern zu können. Dieses führte u.a. dazu, daß die ausländischen Arbeitnehmer in der kurzen Zeit ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik überwiegend nicht in Mietwohnungen des freien Wohnungsmarktes lebten, sondern zunächst in Gemeinschaftunterkünften untergebracht wurden. Diese waren - sofern ihre Errichtung mit staatlichen Mitteln gefördert wurde - nach den Richtlinien des Bundesministeriums aus dem Jahr 1964 maximal mit sechs Personen bei einer Wohnfläche von mindestens 6 m² pro Person zu belegen. Im Jahr 1971 wurden diese Mindestanforderungen auf eine maximale Belegung mit vier Personen und mindestens 8 m² pro Person erhöht (MCRAE 1980).

Aufgrund der Forderung nach längeren Aufenthaltszeiten seitens der Arbeitgeber wurde die Aufenthaltsbegrenzung für ausländische Arbeitnehmer Mitte der sechziger Jahre aufgegeben, so daß sich ab 1970 eine zunehmende Tendenz zu Daueraufenthalt und Nachzug von Familienangehörigen zeigte. Da gleichzeitig der „Nachweis einer angemessenen Wohnung [...] die Voraussetzung für die Bewilligung des Familiennachzugs“ war, sank der Anteil der in Wohnheimen lebenden 'Gastarbeiter' rasch; bereits 1972 lebten 55% der Personen aus den Anwerbeländern nicht mehr in einer Gemeinschaftsunterkunft (ebd., S. 38f.).

Am 22. November 1973 kam es schließlich - als Reaktion der Bundesregierung auf die da-

malige Öl- und Wirtschaftskrise - zu einem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus den nicht EG-angehörigen Staaten. Hierdurch sollten der Zustrom der 'Gastarbeiter' eingedämmt und die Zahl der Ausländer gesenkt werden. Darüber hinaus wurden in den Jahren 1973-76 23,5% der ausländischen Arbeitnehmer entlassen (SCHMIEDE 1994); ein Rückkehrzwang für die betroffenen Personen wurde gleichzeitig abgelehnt. Außerdem wurde das Aufenthaltsrecht von Ausländern mit längerer Verweildauer gefördert, wodurch sich den ausländischen Arbeitnehmern eine längerfristige Bleibeperspektive eröffnete. Die Rückwanderungsquoten innerhalb dieses Zeitraums lagen deutlich unter denen der Rezessionsphase in den sechziger Jahren, da die ausländische Bevölkerung durch ihre längere Aufenthaltsdauer bereits stärker integriert war (RADEMACHER/SEIDEL 1975).

Als Folge des Anwerbestopps war zwar der Zuzug erwerbstätiger Ausländer rückläufig, die Tendenz der insgesamt sinkenden Ausländerzahlen wurde jedoch durch den Familiennachzug abgeschwächt. In Nordrhein-Westfalen ging seit 1973 die absolute Zahl der 'Gastarbeiter' aller Nationalitäten, ausgenommen Portugiesen und Türken, zurück. Der stärkste Rückgang war bei Personen aus Italien festzustellen, da ihre Rückkehr in die Bundesrepublik als EG-Angehörige ohne Schwierigkeiten möglich war. Dieses erlaubte ihnen im Gegensatz zu anderen Staatsangehörigen, die bei der Ausreise ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren, ein flexibles Reagieren auf konjunkturelle Schwankungen in der Bundesrepublik (WOLFRAM/V. ROHR 1976). Dennoch bildete Nordrhein-Westfalen in den siebziger Jahren neben Baden-Württemberg und Berlin den Schwerpunkt der sich auf Industrieregionen konzentrierenden Ausländerzuwanderung.

Insgesamt lebten in Nordrhein-Westfalen nach wie vor annähernd 30% der ausländischen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, wobei der Anteil des Bundeslandes an der Wohnbevölkerung nur 27,8% ausmachte (Statistisches Bundesamt 1976). Vor dem ab 1975 negativen Wanderungssaldo der Ausländer (vgl. Tab. 7) wuchs deren Zahl in Westfalen seit 1961 um mehr als das Siebenfache auf rd. 465.000 sowie im Rheinland um etwa das Fünffache auf rd. 760.000 an (30.09.1975). Dem entsprach eine Steigerung des Ausländeranteils an der

Tab. 7: Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens nach Ursache und Bevölkerungsgruppe 1973-1975

Jahr	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der Bevölkerung					
	durch Wanderung		durch natürliche Bewegung		insgesamt	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1973	- 25.359	+ 101.911	- 52.425	+ 25.130	- 77.784	+ 127.041
1974	- 17.517	+ 18.228	- 56.305	+ 27.431	- 73.822	+ 45.659
1975	- 7.291	- 40.889	- 69.455	+ 28.626	- 76.746	- 12.263
1973-75	- 50.167	+ 79.250	- 178.185	+ 81.187	- 228.352	+ 160.437

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1977, S. 74)

Gesamtbevölkerung auf 5,8% bzw. 8,3%; die Quote in Westfalen lag damit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,6%, im Rheinland dagegen deutlich darüber. Diese Entwicklung beruhte auf der Abnahme der deutschen Bevölkerung seit 1973 (vgl. Tab. 7), bedingt durch einen starken Geburtenrückgang (sog. 'Pillennick'), der zu einer Nettoerproduktionsrate (NRR) der deutschen Frauen von durchschnittlich 0,6 im Vergleich zu 1,4 bei den ausländischen Frauen führte (MAGS NRW/LDS NRW 1988). Die NRR mißt die Zahl der von einer Müttergeneration bei konstanten altersspezifischen Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnissen geborenen Töchter (BÄHR 1983). Die NRR der deutschen Frauen weist dabei auf eine schrumpfende, die der ausländischen Frauen dagegen auf eine wachsende Bevölkerung hin. Das niedrigere Durchschnittsalter der ausländischen Bevölkerung (s.u.) bedingte darüber hinaus eine geringe Zahl an Sterbefällen. Hinzu kamen der Familiennachzug und die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer bis 1973.

Bei der ausländischen Bevölkerung nahmen Flüchtlinge auch im Jahr 1975 trotz steigender Anzahl eine untergeordnete Position ein; in den Jahren 1974 und 1975 wanderten jeweils rd. 3.000 Asylbewerber über die nationalen Grenzen zu (MAGS NRW/LDS NRW 1988). Innerhalb dieser Gruppe blieb die Zahl der Osteuropäer in etwa gleich, die der nichteuropäischen Flüchtlinge (vor allem Jordanier und Palästinenser) stieg dagegen an, so daß sich der Anteil der Osteuropäer auf rd. 50% verringerte (HÖFLING-SEMNER 1995). Gleichzeitig sanken die Anerkennungsquoten politisch Verfolgter drastisch von über 80% in den sechziger Jahren auf 33% im Jahr 1973 (WOLKEN 1988).

Mit Blick auf die nationale Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung wuchs der 'Gastarbeiteranteil' in Nordrhein-Westfalen bis 1975 durch die zusätzlichen Anwerbeabkommen sowie die gestiegene Zahl ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien aus den 'traditionellen Gastarbeiternationen' auf 79% an. Die größte Gruppe bildeten die türkischen Staatsangehörigen; ihr Anteil an allen Ausländern erhöhte sich von weniger als 1% (1961) auf etwa ein Drittel (vgl. Tab. 8). Je rd. ein Achtel der ausländischen Bevölkerung kam aus Italien, Jugoslawien und Griechenland, 7,4% aus Spanien und 4,2% aus Portugal. Personen aus Marokko und Tunesien spielten anteilmäßig kaum eine Rolle. Angehörige der damaligen EG-Staaten (ohne Italien) machten 9,3% aller Ausländer aus; davon waren rd. zwei Drittel Niederländer (vgl. WOLFRAM/V.ROHR 1976). Bürger der übrigen europäischen und außereuropäischen Länder waren mit insgesamt 11,6% vertreten.

Die Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung differierte je nach Nationalität und Anwerbezeitpunkt teilweise deutlich. Während Personen aus Österreich, den Niederlanden und Polen größtenteils (50-70%) bereits zehn Jahre oder länger in Nordrhein-Westfalen lebten, waren es bei der Bevölkerung aus den Ländern der ersten Anwerbephase nur zwischen 25% und 29% sowie bei türkischen, jugoslawischen und portugiesischen Staatsangehörigen weniger als 10%. Dagegen dominierten bei Türken und Portugiesen Personen, die sich weniger als vier Jahre in Nordrhein-Westfalen aufhielten (rd. 50%), sowie bei Italienern, Spaniern, Griechen und Jugoslawen Personen mit Aufenthaltszeiten zwischen vier und acht Jahren (35-50%) (Statistik des LDS NRW, unveröff.).

Tab. 8: Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und seinen Landesteilen am 30.9.1975

Staatsangehörigkeit	NRW gesamt		Westfalen		Nordrhein	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Türkei	357.732	29,2	150.540	32,4	207.192	27,3
Italien	163.023	13,3	59.018	12,7	104.005	13,7
Jugoslawien	150.486	12,3	59.193	12,7	91.293	12,0
Griechenland	136.123	11,1	52.926	11,4	83.197	11,0
Spanien	90.547	7,4	35.571	7,7	54.976	7,2
Portugal	51.506	4,2	27.566	5,9	23.940	3,2
Marokko	13.480	1,1	3.716	0,8	9.764	1,3
Tunesien	6.309	0,5	2.420	0,5	3.889	0,5
übrige EG-Länder*	113.341	9,3	29.263	6,3	84.078	11,1
übrige Länder	141.950	11,6	44.672	9,6	97.278	12,8
Ausländer insgesamt	1.224.497	100,0	464.885	100,0	759.612	100,0

* ohne Italien

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1977, S. 18ff.)

Ein Hinweis auf die Tendenz des Familiennachzugs ist die unterschiedliche Aufenthaltsdauer von ausländischen Männern und Frauen. Während im Durchschnitt 47,7% der Männer bereits länger als fünf Jahre in Nordrhein-Westfalen lebten und damit einen Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis hatten, waren es lediglich 39,3% der Frauen.

Der Familiennachzug und die hohe Fertilität der ausländischen Bevölkerung führten im Vergleich mit ihrer demographischen Struktur in den 60er Jahren zu einer Verjüngung und Feminisierung in allen Nationalitäten. Am 30.09.1976 (Daten aus dem Jahr 1975 liegen nicht vor) war der durchschnittliche Frauenanteil um rd. 10% auf 42,8% gestiegen; mit 45-50% lag er bei Personen aus Griechenland, Spanien und den EG-Ländern (ohne Italien) deutlich über dem Durchschnitt, erheblich darunter bei Personen aus Marokko und Tunesien (rd. 25%) (MAGS NRW/LDS NRW 1977).

Kinder im Alter unter 15 Jahren machten 1976 rd. ein Viertel der gesamten ausländischen Bevölkerung aus, bei den türkischen Staatsangehörigen, für die der Familiennachzug eine wesentlich größere Rolle als für alle anderen Ausländer spielte (Statistisches Bundesamt 1995), mehr als ein Drittel. Weiterhin sank der Anteil der Personen im Alter ab 65 Jahren seit 1961 von 2,5% auf 1,9%. Die Altersgruppe der 20- bis unter 40jährigen verlor mit rd. 48% im Vergleich zu 1961 (50%) zugunsten der 40- bis unter 65jährigen, unter de-

nen Personen aus den ersten Anwerbeländern überdurchschnittlich häufig vertreten waren (20-26%).

Diese Altersverteilung resultierte insbesondere daraus, daß die Mehrzahl der ausländischen Bevölkerung zum Zweck der Arbeitsaufnahme nach Nordrhein-Westfalen einreiste. Hierdurch erhöhte sich gleichzeitig der Ausländeranteil unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis 1974 kontinuierlich (9,6%), sank jedoch infolge der negativen Beschäftigungsentwicklung im Bereich des Produzierenden Gewerbes auf 9,2% im Jahr 1975. Die absolute Zahl der ausländischen Arbeitnehmer lag bei rd. 460.000 Männern und 164.000 Frauen (MAGS NRW/LDS NRW 1977).

Ein bedeutender Teil der angeworbenen Personen war nach wie vor als un- und angeleimte Arbeiter tätig. Nur wenige ausländische Arbeitnehmer wuchsen mit zunehmender Verweildauer in qualifizierte Aufgaben hinein, der gehobene Dienstleistungsbereich blieb ihnen nach wie vor weitgehend verschlossen. Die Arbeitslosenquote der Ausländer lag mit rd. 7% nun erheblich über der Gesamtquote von 4,5% (MAGS NRW 1994), da 'Gastarbeiter' anders als in der Anfangsphase ihrer Anwerbungen nicht bei Verlust ihres Arbeitsplatzes in ihre Heimatländer zurückkehrten, sondern vor allem seit dem Anwerbestopp bevorzugt in Nordrhein-Westfalen verblieben. Dennoch lag die Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung mit 51,1% (vgl. Tab. 9) noch immer deutlich

Tab. 9: Erwerbsquote der ausländischen Männer und Frauen in Nordrhein-Westfalen im Jahresdurchschnitt 1976

Staatsangehörigkeit	Erwerbsquote		
	ges.	Männer	Frauen
Italien	56,3	69,2	36,5
Niederlande	41,2	58,9	22,0
EG-Länder gesamt	52,0	67,2	32,4
Griechenland	57,0	63,7	48,9
Portugal	55,8	70,6	36,3
Spanien	57,8	71,2	42,3
Jugoslawien	60,3	74,5	42,4
Türkei	43,9	60,2	19,9
übrige Länder	50,9	64,6	32,4
insgesamt	51,1	65,1	32,4

(Quelle: Statistik des LDS NRW)

über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt von 41,7% (LDS NRW 1976).

In Nordrhein-Westfalen fanden sich die höchsten Ausländerzahlen in Städten, in denen 'ausländerspezifische' Branchen besonders stark vertreten waren (vgl. Kap. 3.1). Darüber hinaus existieren innerhalb dieser städtischen Siedlungen bis heute bestimmte Konzentrationsräume der ausländischen Bevölkerung, wie u.a. aufgrund der gruppenweisen Ansiedlung von 'Gastarbeitern' in Bergarbeiterkolonien oder in Vierteln und Stadtteilen, in denen überhaupt ein Wohnangebot für sie vorhanden war bzw. ist (z.B. Sanierungsgebiete). Bei der Darstellung in den Atlaskarten ist jedoch aufgrund der Datenlage - ebenso wie bei den Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ/DDR - eine kleinräumige Differenzierung dieser Verteilung nicht möglich. **Karte 2.2** zeigt daher auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, daß die Hauptkonzentrationsgebiete der Ausländer 1975 im Landesteil Nordrhein lagen, hier vor allem in den Großräumen Düsseldorf und Köln sowie in den durch die metallverarbeitende Industrie geprägten Städten Remscheid und Solingen mit Anteilen an der Gesamtbevölkerung von 10-14%. Die höchsten absoluten Zahlen wiesen mit rd. 115.500 bzw. 79.500 die Städte Köln und Düsseldorf auf, gefolgt von Wuppertal und Duisburg sowie den Kreisen Neuss und Düsseldorf-Mettmann mit 35.000 bis 60.000 Personen.

Im Gegensatz zum Rheinland fehlten in Westfalen weitgehend „die mit vielseitigen Industrie- und Gewerbebezügen ausgestatteten, mehrheitlich über hochzentrale Einrichtungen

verfügbaren Großstädte [...], auf die sich die Ausländer konzentrieren“ (STEINBERG 1994, S. 111f.). Die höchste Ausländerquote hatte daher mit lediglich 9,3% der märkische Industrieraum. Zwischen 7% und 8% verzeichneten in Ostwestfalen die Stadt Bielefeld und der Kreis Gütersloh, im nördlichen Ruhrgebiet Gelsenkirchen und Herne. Mit 6,0-6,8% folgten der münsterländische Kreis Warendorf sowie im Ruhrgebiet Dortmund, der Ennepe-Ruhr-Kreis und der Kreis Unna. Die übrigen Städte und Kreise lagen im oder unter dem westfälischen Durchschnitt; besonders niedrige Ausländeranteile wiesen die ländlichen Kreise des Westmünsterlandes und Ostwestfalens auf (unter 5%). Die höchsten absoluten Zahlen hatten mit rd. 43.000 Dortmund und mit rd. 40.000 der Märkische Kreis.

Die ausländische Bevölkerung konzentrierte sich im Jahr 1975 somit, ähnlich wie die Vertriebenen und Flüchtlinge im Jahr 1961, auf das bergbau- und industriedominierte Rhein-Ruhr-Gebiet und den industrialisierten Raum um Bielefeld. In der ländlichen Zone war sie dagegen - verglichen mit den Anteilen der dortigen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung insgesamt - erheblich unterrepräsentiert (vgl. Tab. 10). Mehr als die Hälfte aller Ausländer lebte Mitte der siebziger Jahre - bezogen auf die Verdichtungsraum-Kategorien des LEP I NRW (Stand 1974) - im Ballungskern, etwa ein Viertel in der Ballungsrandzone, rd. ein Fünftel in der ländlichen Zone mit 200-400 Einwohnern/km² und rd. 4% in der ländlichen Zone mit weniger als 200 Einwohnern/km². Diese Ungleichverteilung, insbesondere der

Tab. 10: Verteilung der ausländischen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung Nordrhein-Westfalens auf die Zonen des LEP I NRW am 30.9.1974

Zonen	%-Anteil an allen Ausländern in NRW	%-Anteil der Wohnbev. an der Wohnbev. in NRW insgesamt
Ballungskern	51,0	42,0
Ballungsrandzone	23,8	25,7
ländl. Zone mit 200-400 EW/km ²	21,4	25,1
ländl. Zone mit unter 200 EW/km ²	3,8	7,2

(Quelle: WOLFRAM/V. ROHR 1976, S. 50)

angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer, die sich wiederum aus der Ungleichgewichtung in der regionalen Verteilung industrieller Ballungsräume ergab, führte dort zu einer weiteren Bevölkerungskonzentration mit ihren Folgeproblemen wie Wohnungsmangel und Defiziten in der Infrastruktur.

Besonders hohe 'Gastarbeiterquoten' über 90% fanden sich in folgenden Kreisen und kreisfreien Städten mit einem hohen Anteil traditioneller Ausländerarbeitsplätze: Gelsenkirchen, Herne, Märkischer Kreis und Kreis Gütersloh. Niedrige Quoten wiesen dagegen die dienstleistungsdominierte Stadt Münster (59%) und - lagebedingt durch einen hohen Anteil an Niederländern - die ländlichen Kreise des westlichen Münsterlandes (62-74,5%) auf.

Im Rheinland kamen insgesamt rd. 76% aller Ausländer aus den acht Anwerbestaaten. Sie konzentrierten sich mit Quoten über 85% vor allem auf das Bergische Land (Remscheid, Solingen und Wuppertal) und den Oberbergischen Kreis. Geringere Anteile fanden sich in der vom tertiären und quartären Wirtschaftssektor geprägten Bundeshauptstadt Bonn (64%) und entlang der niederländischen bzw. der belgischen Grenze vor allem in Kleve mit lediglich 15,5% sowie in Viersen, Heinsberg, Aachen und Euskirchen (58-63%).

Obwohl die türkische Bevölkerung den größten Teil der Ausländer in Nordrhein-Westfalen bildete, war sie nicht in allen Kreisen und kreisfreien Städten die dominierende Gruppe, da die Zuwanderer aus den Anwerbenationen dazu neigten, sich bevorzugt in Gebieten niederzulassen, in denen schon eine gewisse Konzentration eigener Landsleute bestand. Diese „Kettenmigration“ (ROTHENBURG-UNZ 1984, S. 82) hängt mit den in den sechziger Jahren praktizierten Anwerbemethoden zusammen, bei denen sich Verwandte, Freunde, Bekannte und

Nachbarn um eine gemeinsame Vermittlung bemühten (vgl. Kap. 3.1). Darüber hinaus bevorzugten insbesondere Großunternehmen die Einstellung von Ausländern ganz spezifischer Herkunftsnationen, wodurch „die kostspielige Anlernzeit der neu eingestellten Ausländer verkürzt und ihre betriebliche Anpassung erleichtert“ wurde (MCRAE 1980, S. 15). Die regionalen Schwerpunkte einzelner Nationen im Jahr 1975 sind in Karte 2.2 abzulesen.

Eine Konzentration türkischer Staatsangehöriger findet sich vor allem in den bergbauorientierten Kreisen und kreisfreien Städten des Ruhrgebietes. Am höchsten war ihr Anteil (über 50%) im nördlichen Ruhrgebiet, das Maximum lag mit 58,3% in Gelsenkirchen. Im ländlichen Raum und in den dienstleistungsorientierten Städten waren sie dagegen unterrepräsentiert. Mit Quoten über 20% waren Italiener im Paderborner Land, im Sauerland und im Märkischen Kreis überdurchschnittlich vertreten. Besonders hoch war ihr Anteil im Kreis Paderborn (25,6%). Ähnlich wie bei der türkischen Bevölkerung läßt sich bei ihrer Verteilung ein Gefälle von der Ballungsrandzone zum ländlichen Raum feststellen. Dagegen waren Spanier und Portugiesen in den ländlichen Kreisen stark vertreten. Ihre Quoten lagen hier größtenteils über 10%. Maximale Anteile der portugiesischen Staatsangehörigen fanden sich im Hochsauerlandkreis (23%) sowie der Spanier im Kreis Soest (18,6%). Griechen wiederum konzentrierten sich mit 23-26% im Märkischen Raum (Ballungsrandzone). Die Verteilung der jugoslawischen Bevölkerung war insgesamt relativ ausgeglichen, mit 21,3% lag ihr höchster Anteil in Bielefeld. Das Konzentrationsgebiet der EG-Angehörigen (ohne Italiener) befand sich aufgrund des Nachbarschaftseffektes zu den Niederlanden in den Kreisen des westlichen Münsterlandes - mit 30,6% vor allem im Kreis Borken - und in der kreisfreien Stadt Mün-

ster (14,5%). Die Angehörigen der übrigen europäischen und außereuropäischen Staaten lebten überwiegend in dienstleistungsdominierten Städten und - bedingt durch die Zahl ausländischer Studierender - in Universitätsstandorten. Hierzu zählen Münster (26,4%) sowie Bochum, Dortmund und Bielefeld (13-15%).

Im Landesteil Nordrhein lagen der Anteil der türkischen Bevölkerung mit durchschnittlich 27,3% niedriger, die Quoten der EG-Ausländer (ohne Italiener) und der 'übrigen' Staatsangehörigen mit 11,1% bzw. 12,8% dagegen erheblich höher als in Westfalen. Die Anteile aller anderen Nationalitäten entsprachen in etwa den westfälischen Werten. Auch die regionale Verteilung der jeweiligen Ausländergruppen auf die Siedlungs- und Wirtschaftsräume ist überwiegend mit der Situation in Westfalen vergleichbar: Die türkische Bevölkerung konzentrierte sich in Duisburg und Oberhausen im nördlichen Ruhrgebiet, Italiener ebenso wie Griechen in der Ballungsrandzone (Bergisches und Oberbergisches Land), EG-Angehörige in den Kreisen entlang der niederländischen Grenze (Kleve, Heinsberg, Viersen) sowie die 'übrigen' Staatsangehörigen in Dienstleistungsstädten und Universitätsstandorten (Bonn, Düsseldorf, Aachen). Spanier waren anteilig am häufigsten in Remscheid vertreten, Portugiesen in Heinsberg und Euskirchen sowie Jugoslawen in Leverkusen.

3.3 DIE PHASE DER KONSOLIDIERUNG UND UMSTRUKTURIERUNG BIS 1987 (zu Karte 2.3)

Der Zuwachs der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen zwischen 1975 und 1987 fand aufgrund der Folgen des Anwerbestopps und einer restriktiven Ausländerpolitik in den achtziger Jahren in einem erheblich geringeren Ausmaß als im vorhergegangenen Zeitraum statt. Bis zum 31.12.1987 stiegen die Zahl der Ausländer in Westfalen um 65.000 auf rd. 530.000 Personen an und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 1% auf 6,8%; damit gelangte Westfalen in den Bereich des Bundesdurchschnitts (6,9%). Geringfügig höher war der Zuwachs im Rheinland, wenn auch ebenfalls auf niedrigerem Niveau als zuvor. Hier nahmen die Ausländerzahl um 110.000 auf rd. 872.000 Personen und ihr Anteil an der Wohnbevölkerung um 1,4% auf 9,7% zu. Hierdurch erhöhte sich der Gesamtanteil der aus-

ländischen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens an allen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland um lediglich 0,4% auf 30,4%, während gleichzeitig der Anteil der Gesamtbevölkerung an der Bevölkerung der Bundesrepublik um 0,4% auf 27,4% zurückging (Statistisches Bundesamt 1988).

Im Unterschied zum vorherigen Zeitraum resultierte der Ausländerzuwachs vorwiegend aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung, der die Wanderungsverluste der Jahre 1982 bis 1984 u.a. infolge steigender Arbeitslosenzahlen und des daraufhin erlassenen 'Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern' vom 10.11.1983 gegenüberstanden (vgl. Tab. 11). Die Zielgruppe dieser Maßnahme, bei der die Rückkehr arbeitsloser oder Kurzarbeit leistender Ausländer in ihre Heimatländer finanziell gefördert wurde, waren vor allem türkische 'Gastarbeiterfamilien'; es kam jedoch überwiegend nur zu „Mitnahmeeffekten“ bei bereits Rückkehrwilligen (LICHTENBERGER 1984, S. 81).

Parallel zu dieser Entwicklung nahm die Zahl ausländischer Flüchtlinge zu Beginn der achtziger Jahre deutlich zu. Infolge des Militärputsches in der Türkei kam es im Jahr 1980 zu einem sprunghaften Anstieg der Asylbewerberzahlen auf rd. 34.000 Personen. Darüber hinaus ermöglichte das am 22.7.1980 verabschiedete 'Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge' (HumHAG) die kollektive Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Krisengebieten (vgl. Kap. 1.2). Restriktive Maßnahmen der Bundesregierung, vor allem nach dem Regierungswechsel im Jahr 1982, wie der Sichtvermerkszwang für die Einreise in die Bundesrepublik (vorwiegend für Personen aus asiatischen Ländern), ein zweijähriges Arbeitsverbot für alle Asylbewerber oder die Erteilung von Sozialhilfe in Form von Sachleistungen (POLLERN 1981; HÖFLING-SEMNER 1995), führten in der Folgezeit zwar wieder zu einer starken Abnahme der Asylbewerberzahlen; ab 1984 stiegen diese jedoch wieder deutlich an (vgl. Tab. 12).

Unter den ausländischen Flüchtlingen dominierten bis 1986 neben Asylbewerbern aus der Türkei Personen aus Asien und Afrika (u.a. Pakistan, Indien, Afghanistan, Sri Lanka, Iran und dem Libanon sowie Äthiopien und Ghana). Da-

Tab. 11: Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens nach Ursache und Bevölkerungsgruppe 1978-1987

Jahr	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der Bevölkerung					
	durch Wanderung		durch natürliche Bewegung		insgesamt	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1978	- 1.313	+ 15.849	- 61477	+ 22.706	- 62.790	+ 38.555
1979	- 1.374	+ 46.930	- 58737	+ 22.968	- 60.111	+ 69.898
1980	- 4.311	+ 70.806	- 49651	+ 24.274	- 53.962	+ 95.080
1981	- 5.878	+ 20.737	- 50533	+ 23.464	- 56.411	+ 44.201
1982	- 15.301	- 43.656	- 46848	+ 20.995	- 62.149	- 22.661
1983	- 26.112	- 65.236	- 50882	+ 17.566	- 76.994	- 47.670
1984	- 16.376	- 86.303	- 45499	+ 15.293	- 61.875	- 71.010
1985	- 6.048	+ 7.672	- 46612	+ 15.164	- 52.660	+ 22.836
1986	- 10.247	+ 32.236	- 36320	+ 16.781	- 46.567	+ 49.017
1987	- 3.774	+ 39.028	- 28525	+ 20.069	- 32.299	+ 59.097
1978-87	- 90.734	+ 38.063	- 475.084	+ 199.280	- 565.818	+ 237.343

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 122, 151)

nach erhöhte sich der Anteil der Asylsuchenden aus Osteuropa, vor allem aus Polen, bundesweit auf annähernd 70%, da nach einem Beschluß der 'Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder' nur noch die Flüchtlinge aus osteuropäischen Staaten, die in der Bundesrepublik einen Asylantrag gestellt hatten, vor einer Abschiebung in ihr Heimatland geschützt waren (WOLKEN 1988).

Gleichzeitig betrug die Anerkennungsquote politisch Verfolgter im Sinne des deutschen Asylrechts im Jahr 1987 nur noch 9,4% (Statistisches Bundesamt 1995). Mehr als die Hälfte der abgelehnten Asylbewerber wurde jedoch nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben,

sondern als De-facto-Flüchtlinge aus humanitären, rechtlichen oder politischen Gründen auf Zeit in der Bundesrepublik Deutschland geduldet (BADE 1994b).

In der nationalen Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung kam es wie in der gesamten Bundesrepublik seit Mitte der siebziger Jahre zu einer weiteren Umschichtung von EG-Angehörigen zugunsten Nicht-EG-Angehöriger. Die Ursache hierfür lag zum einen in der Rückwanderung eines weiteren großen Teils der Ausländer aus den damaligen EG-Staaten in ihre Herkunftsländer, zu denen seit ihrem Beitritt in den Jahren 1981 bzw. 1986 auch Griechenland, Spanien und Portugal zählten. Dagegen stiegen die Zuwanderungen türkischer Familien zunehmend an, da die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei immer krisenhafter wurde. Zudem ließ sich ein verstärkter Familiennachzug bei der Bevölkerung aus Nicht-EG-Staaten - mit Ausnahme von Jugoslawien - u.a. als Reaktion auf die geplanten Zuzugsbeschränkungen feststellen. Schließlich wurden die Nationalitäten ab 1980 in erheblichem Maße von Asylsuchenden mitbestimmt (s.o.). Diese Entwicklungen führten insgesamt zu der nationalen Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung im Jahr 1987, wie sie Tabelle 13 zeigt.

Die mit weitem Abstand stärkste Ausländergruppe in Westfalen stellte weiterhin die türkische Bevölkerung dar; ihre Anzahl erhöhte sich

Tab. 12: Über die nationalen Grenzen zugezogene Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen 1976 - 1987

Jahr	Zugezogene Asylbewerber
1976	3.527
1977	5.202
1978	10.504
1979	16.323
1980	34.178
1981	15.657
1982	11.802
1983	5.526
1984	9.379
1985	20.515
1986	26.599
1987	16.762

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1988, S. 107)

Tab. 13: Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und seinen Landesteilen am 31.12.1987

Staatsangehörigkeit	NRW gesamt		Westfalen		Nordrhein	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Türkei	516.978	36,9	223.478	42,2	293.500	33,7
Italien	143.366	10,2	48.740	9,2	94.626	10,9
Jugoslawien	134.445	9,6	51.410	9,7	83.035	9,5
Griechenland	93.448	6,7	34.691	6,5	58.757	6,7
Spanien	52.899	3,8	19.613	3,7	33.286	3,8
Portugal	32.102	2,3	15.482	2,9	16.620	1,9
Marokko	31.712	2,3	9.375	1,8	22.337	2,6
Tunesien	8.943	0,6	3.117	0,6	5.826	0,7
übrige EG-Länder*	123.347	8,8	35.070	6,6	88.277	10,1
übrige Länder	264.488	18,9	89.051	16,9	175.437	20,1
Ausländer insgesamt	1.401.728	100,0	530.027	100,0	871.701	100,0

* ohne Griechenland, Italien, Portugal und Spanien
(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1988, S. 18ff.)

seit 1975 um rund 74.000 Personen, ihr Anteil an allen Ausländern um 10% auf 42,2%. Dagegen reduzierte sich die Anzahl der Personen aus den europäischen Anwerbeländern auf Werte zwischen 8.000 (Jugoslawen) und 18.000 Personen (Griechen); die Anteile der Italiener und Jugoslawen sanken um je etwa ein Drittel auf 9,2% bzw. 9,7% sowie der Griechen, Spanier und Portugiesen um rund die Hälfte auf 2,9-6,5%. Die Anteile der übrigen EG-Angehörigen und Tunesier blieben in etwa konstant, die der Marokkaner verdoppelten sich und die der 'übrigen' Staatsangehörigen erhöhten sich um drei Viertel. Der Anteil der Personen aus den ehem. Anwerbeländern sank infolgedessen im Durchschnitt um 7,5% auf 77%.

Im Landesteil Nordrhein war eine ähnliche Entwicklung der Zusammensetzung der Ausländerbevölkerung wie in Westfalen festzustellen. Hier kam ebenfalls die Mehrheit aus der Türkei (etwa ein Drittel), der Bevölkerungsanteil aus den ehem. Anwerbeländern sank jedoch bei unveränderter regionaler Verteilung seit 1975 aufgrund der geringeren Quoten von Italienern, Jugoslawen, Griechen, Spaniern und Portugiesen um 6,5% auf durchschnittlich 70%. Lediglich der Anteil der Marokkaner verdoppelte sich, während derjenige der Türken um über die Hälfte anstieg. Weiterhin kam 1987 bereits jeder fünfte Ausländer im Rheinland aus den 'übrigen' europäischen und außereuropäischen Staaten.

Der durchschnittliche Frauenanteil bei der ausländischen Bevölkerung blieb mit 43,4%

im Jahr 1987 im Vergleich zu 1975 in etwa konstant (MAGS NRW/LDS NRW 1988). Der durchschnittliche Kinderanteil war dagegen leicht rückläufig; im Gegensatz zu 1975 lag er nun bei allen Anwerbenationen mit Ausnahme der türkischen Bevölkerung unter einem Viertel. Die Ursache hierfür war die zunehmende Anpassung der ehem. 'Gastarbeiter' an das generative Verhalten der deutschen Bevölkerung; die Nettoerproduktionsrate (vgl. Kap. 3.2) der ausländischen Frauen sank zwischen 1975 und 1987 von 1,4 auf 1,0 und näherte sich damit immer mehr derjenigen der deutschen Frauen (0,6) an. Der Anteil der Personen im Erwerbsalter veränderte sich lediglich geringfügig, 65jährige und ältere Personen waren hingegen etwas häufiger vertreten (2,7%).

Ein Indiz für die Veränderung von der Arbeitsmigration zum Einwanderungsprozeß der ausländischen Arbeitnehmer war die erhebliche Zunahme ihrer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer seit Mitte der siebziger Jahre. Anders als die 'Gastarbeiter' der ersten Generation, die aufgrund ihrer engen Verbindung mit der Heimat überwiegend in ihre Herkunftsländer zurückkehrten, traten die Rückkehrabsichten bei ihren Kindern immer weiter zurück (vgl. WALDORF 1997). Trotz der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und der wachsenden Arbeitslosigkeit stellte die „Rückkehr in die Heimat, die für sie zumeist keine Heimat mehr ist“ für Viele keine Alternative zu einem Verbleib in der Bundesrepublik dar (LIENAU 1987, S. 239). Dennoch blieb die Be-

Tab. 14: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen am 31.12.1987

Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren (Anteile in %)				
	unter 4	4 - 6	6 - 10	10 - 20	20 und mehr
Türkei	12,8	4,9	22,3	55,2	4,8
Italien	11,2	4,4	13,8	45,7	24,8
Jugoslawien	9,1	3,6	11,7	66,9	8,8
Griechenland	7,5	3,6	8,2	55,6	25,1
Spanien	4,9	2,3	6,2	51,9	34,7
Portugal	6,9	2,9	10,1	70,0	10,1
übrige Länder	31,7	7,3	17,1	22,4	21,5
insgesamt	17,3	5,3	17,0	45,5	15,0

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1988, S. 72)

zeichnung 'Gastarbeiter', die den zunächst temporären Aufenthalt der ausländischen Arbeitnehmer verdeutlichen sollte, weiterhin gebräuchlich. Im Jahr 1987 lebten je nach Nationalität zwischen 60% und 87% der ausländischen Bevölkerung bereits zehn Jahre oder länger in Nordrhein-Westfalen (vgl. Tab. 14). Bereinigt um die Gruppe der 18jährigen und Jüngeren, deren Lebensalter zwangsläufig die Obergrenze der Aufenthaltsdauer bildet, erhöhen sich die vorgenannten Anteile um durchschnittlich 9% (MAGS NRW/LDS NRW 1988).

Bei den 'übrigen' Ausländern lag der Anteil mit rd. 44% dagegen weit niedriger, bedingt durch den überwiegend temporären Aufenthalt der statushohen Migranten und die erst seit Beginn der achtziger Jahre verstärkte Zuwanderung ausländischer Flüchtlinge, die zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit der Ausländer aus den 'übrigen' europäischen und außereuropäischen Staaten darstellten. Gleichzeitig lag in dieser Gruppe der Anteil der seit zwei Jahrzehnten und länger in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer aufgrund der großen Anzahl der Personen aus den europäischen Nachbarländern wie den Niederlanden oder Österreich mit über einem Fünftel weit über dem Durchschnitt von 15%. Gleiches läßt sich für Personen aus den Staaten der ersten Anwerbephase (25-35%) - im Gegensatz zu Türken, Jugoslawen und Portugiesen (5-10%) - feststellen (vgl. Tab. 14).

Die zunehmende Bereitschaft zu längerfristigen oder dauerhaften Aufenthalten seitens des Großteils der ausländischen Bevölkerung stand im Gegensatz zu dem wachsenden Arbeitslosigkeitsrisiko der vorwiegend in konjunkuranfälligen Branchen beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer. Die Arbeitslosen-

quote der ausländischen Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen nahm infolgedessen von 1975 bis 1987 deutlich um 8,5% auf 18,5% zu, wohingegen die Gesamtquote lediglich auf 10,8% anstieg (MAGS NRW/LDS NRW 1997). Der durchschnittliche Ausländeranteil unter den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern sank demzufolge auf 7,3%; absolut lag die Zahl mit rd. 302.000 Männern und 106.000 Frauen etwa ein Drittel unter der des Jahres 1975 (dies. 1988).

Die verstärkte Zuwanderung von Asylbewerbern nach Nordrhein-Westfalen, die durch die asylrechtlichen Hindernisse bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, führte darüber hinaus zu einem leichten Rückgang der Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung mit Ausnahme der Mehrzahl der EG-Angehörigen (vgl. Tab. 15); mit durchschnittlich 47,1% lag sie nur noch geringfügig über der auf 45,4% gestiegenen Erwerbsquote der gesamten nordrhein-westfälischen Bevölkerung (LDS NRW 1990). Dieser negative Trend zeigte sich stärker bei Männern (-5%) als bei Frauen (-2%) sowie insbesondere bei Personen aus der Türkei (-4,5%), da die Anzahl der türkischen Asylbewerber erheblich zugenommen hatte (s. o.).

Bei der beruflichen Qualifikation und Integration der ausländischen Bevölkerung ließen sich kaum Fortschritte feststellen. Bedingt durch den allgemeinen Strukturwandel von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft ergab sich zwar für Ausländer ebenso wie für Deutsche ein Trend steigender Angestelltenzahlen - vor allem im Handel und bei den sonstigen Dienstleistungen - auf Kosten des Arbeiteranteils (DIETZ 1987). Bei Ausländern bei-

Tab. 15: Erwerbsquote der ausländischen Männer und Frauen in Nordrhein-Westfalen im März 1987

Staatsangehörigkeit	Erwerbsquote		
	gesamt	Männer	Frauen
Italien	57,0	72,0	37,4
Griechenland	54,3	63,8	44,3
Portugal	59,0	70,7	46,6
Spanien	58,1	71,1	44,4
Niederlande	51,3	68,1	34,6
EG-Staaten gesamt	55,8	69,1	40,9
Jugoslawien	58,8	71,1	44,5
Türkei	39,4	55,4	19,7
Nicht EG-Staaten gesamt	43,2	57,5	25,8
insgesamt	47,1	61,0	30,6

(Quelle: LDS NRW, unveröff. Statistik)

derlei Geschlechts überwog jedoch mit jeweils rd. 50% unverändert der Anteil der Nichtfacharbeiter im Vergleich zu 16,4% bei der deutschen Bevölkerung; Facharbeiter und Angestellte waren dagegen weiterhin deutlich unterrepräsentiert (vgl. Tab. 16).

Bei der Betrachtung der Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigte sich wie zu Beginn ihrer Anwerbung auch 1987 ein deutlicher Überhang der im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe tätigen Personen; in diesen Wirtschaftsbereichen lag ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten teilweise deutlich über dem Durchschnitt (vgl. Tab. 17). Handel und gehobene Dienstleistungen boten dagegen noch immer erheblich weniger Arbeitsmöglichkeiten für die ausländische Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen.

Der Siedlungsschwerpunkt der ausländischen Bevölkerung lag 1987 weiterhin in den kreis-

freien Städten des Landesteils Nordrhein (vgl. Karte 2.3). Die Mehrheit der Ausländer lebte nach wie vor in Köln mit jetzt rd. 143.000 Personen, gefolgt von Düsseldorf (95.000) und Duisburg (69.000); die Anteile an der Wohnbevölkerung betragen hier zwischen 17% und 13,5%. Auch die Kreise im Rhein-Verdichtungsraum wiesen hohe Ausländerzahlen und -quoten auf. An der Spitze befanden sich Mettmann und Neuss mit rd. 46.000 bzw. 39.000 Personen und Anteilen von je 9,6%. Dagegen lagen die Quoten in den Ruhrgebietsstädten deutlich niedriger (6,5-8%); in den ländlichen Regionen waren sie mit bis zum Minimum von 3,5% (Kreis Euskirchen) am geringsten. In Westfalen fanden sich dagegen die Höchstwerte wie 1975 im Ruhrgebiet, im Märkischen Industrieraum und im Raum Bielefeld, jedoch mit erheblich geringeren Ausländeranteilen (7-11%) als im Rheinland. Die höchsten absoluten Zahlen wiesen noch immer Dortmund (55.000) und der Märkische Kreis (41.500) auf. Alle anderen Regionen verzeichneten Anteile zwi-

Tab. 16: Ausländische Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen nach ihrer Stellung im Beruf am 31.12.1987

Stellung im Beruf	Ausländische Erwerbstätige (Anteile in %)		
	gesamt	Männer	Frauen
Selbständige	5,7	5,7	5,7
Mithelfende Familienangehörige	0,9	0,4	2,2
Beamte/-innen	1,1	1,1	1,1
Angestellte	19,3	15,4	29,9
Facharbeiter/-innen	16,2	20,2	5,4
Nichtfacharbeiter/-innen	52,0	52,9	49,6
Beschäftigte in Ausbildungsverhältnissen	4,8	4,3	6,2

(Quelle: LDS NRW 1990, S. XVIIIff.)

Tab. 17: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftsabteilungen am 31.12.1987

Wirtschaftsabteilungen	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer	
	absolut	Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (%)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2.335	5,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	28.729	11,7
Verarbeitendes Gewerbe	221.700	10,2
Baugewerbe	25.734	7,9
Handel	27.069	3,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14.362	5,8
andere Dienstleistungen	68.590	6,4
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	10.467	3,1
sonstige Wirtschaftszweige	8.508	2,4
insgesamt	407.494	7,3

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1988, S. 117)

schen 6,3% (Kreis Siegen-Wittgenstein) und 1,8% (Kreis Coesfeld).

Die größten Zuwanderungsraten der ausländischen Bevölkerung seit 1975 hatten Städte mit traditionellen Ausländerarbeitsplätzen und Großstädte mit über 600.000 Einwohnern (ANGENENDT 1992). In Westfalen zählten zu dieser Gruppe die Ruhrgebietsstädte Gelsenkirchen und Dortmund mit einem Anstieg der Ausländerquoten um je 3%. In der kreisfreien Stadt Hamm resultierte die Verdopplung der Ausländerzahl auf rd. 14.000 und der Ausländeranteile an der Wohnbevölkerung auf 8,6% aus der Eingemeindung des Stadtteils Bockum-Hövel mit einem hohen Anteil an ausländischen Arbeitnehmern, die im Steinkohlenbergbau beschäftigt waren. Dagegen wiesen die ländlich-gewerblich geprägten Regionen einen erheblich geringeren Zuwachs unterhalb des westfälischen Durchschnitts (1%) bzw. gesunkene Ausländerzahlen und -anteile auf. Der Kreis Coesfeld verzeichnete den stärksten Rück-

gang mit einem Drittel der Quote seit 1975 auf nur noch 1,8%.

In den rheinischen Ruhrgebietsstädten stiegen die Ausländeranteile um 1-3,5% wie in den westfälischen deutlich an; am höchsten war der Zuwachs mit 5% bzw. 4,2% jedoch in den Großstädten Köln und Düsseldorf. Die Grenzregionen zu Belgien und den Niederlanden, das Oberbergische Land sowie Städte, die von sektorialen oder regionalen Krisenentwicklungen betroffen waren (z.B. Remscheid und Solingen), stellten dagegen die Abgaberräume oder die Räume mit den geringsten Zuwanderungsraten dar.

Die regionalen Schwerpunkte der ehem. 'Gastarbeiternationen' insgesamt veränderten sich nicht. Da weiterhin besonders ländlich-gewerbliche Gebiete mit günstigen Unterbringungsmöglichkeiten relativ stärkere Zunahmen von Asylsuchenden verzeichneten als die Kernstädte und Industrieregionen, konzentrierten sich die 'übrigen' Staatsangehörigen nicht mehr

überwiegend in den westfälischen Dienstleistungs- und Hochschulstandorten, sondern in zunehmendem Maße auch in den ländlichen Kreisen (vgl. STEINBERG 1994). In Coesfeld, Höxter, Steinfurt, Siegen-Wittgenstein, Lippe und Minden-Lübbecke stiegen die Anteile dieser Personengruppe an allen Ausländern von jeweils rd. 10% (1975) auf 20-30% (1987) an.

Die regionalen Schwerpunkte der Personen aus den 'übrigen' Staaten lagen dagegen im Rheinland noch immer überwiegend in den Großstädten, mit Anteilen von rd. 42% bzw. 32% insbesondere in der Bundeshauptstadt Bonn und der Landeshauptstadt Düsseldorf. Hierunter dominierten 'statushohe Migranten' aus hochentwickelten Ländern - in Düsseldorf und Umgebung insbesondere Japaner -, deren Zuwanderung seit Beginn der achtziger Jahre zunahm und die räumlich überwiegend an Agglomerationsräume mit internationaler Ausrichtung gebunden waren (GLEBE 1997).

3.4 DIE ENTWICKLUNG BIS 1995 (zu Karte 2.4)

Die Entwicklung der Ausländerzahlen seit den späten achtziger Jahren ist überwiegend auf die sog. „neuen“ Migrantengruppen zurückzuführen (KEMPER 1997). Der politische Umbruch in den ehem. Ostblockstaaten und die kriegerische Auseinandersetzung im früheren Jugoslawien verursachten neben der Zuwanderung osteuropäischer Arbeitsmigranten einen sprunghaften Anstieg der Asylbewerberzahlen; nach Inkrafttreten der neuen Asylvorschriften des Art. 16a GG mit seinen restriktiven Regelungen über 'sichere Dritt- und Herkunftsstaaten' gingen diese jedoch seit 1993 wieder zurück (vgl. Tab. 18). Mitte des Jahres 1995 lebten laut Statistik des Ausländerzentralregisters rd. 100.000 Asylbewerber, 40.000 Asylberechtigte und 14.000 Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen; hinzu kamen die zahlenmäßig nicht ausgewiesenen De-facto-Flüchtlinge. Die in § 45 AsylVfG festgelegte Quote für die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer entsprechend dem Anteil der Wohnbevölkerung (22,4% für Nordrhein-Westfalen) wurde mit 26% überschritten. Unter den Asylbewerbern dominierten mit weitem Abstand Personen aus dem ehem. Jugoslawien (40%), da sie trotz ihres seit 1993 geltenden Status als Bürgerkriegsflüchtlinge zunächst Asyl beantragen mußten, um in die Bundesre-

Tab. 18: Die über die Auslandsgrenzen zugezogenen Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1988 bis 1995

Jahr	Zugezogene Asylbewerber
1988	26.340
1989	31.244
1990	49.537
1991	58.393
1992	88.242
1993	71.533
1994	27.349
1995	29.018

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 151)

publik Deutschland einreisen zu dürfen (SCHUMACHER 1995); es folgten Flüchtlinge aus der Türkei (15%), Sri Lanka (7,5%), Afghanistan (4,1%) sowie dem Iran, dem Libanon und Zaire (jeweils rd. 3%).

Darüber hinaus spielten durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und die dadurch bedingten stärkeren Aktivitäten von multinationalen Unternehmen in der Bundesrepublik auch in Nordrhein-Westfalen qualifizierte Arbeitsmigranten aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine bedeutende Rolle; gleichwohl ist die Zuwanderung aus den hochentwickelten Ländern insgesamt seit 1992 als Folge der wirtschaftlichen Rezession wieder rückläufig (GLEBE 1997).

Der in Tabelle 19 dargestellte Wanderungsüberschuß der deutschen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens macht zudem das Ausmaß der Immigration von Aus- bzw. Spätaussiedlern als deutsche Staatsangehörige oder Volkzugehörige mit der Öffnung des Ostblocks deutlich. Diese sind zwar nicht Gegenstand des vorliegenden Atlasblattes, dennoch muß hier auf die zeitgleichen Zuwanderungswellen der ausländischen Flüchtlinge und der deutschstämmigen Personen aus den ehem. Ostblockstaaten mit den parallel auftretenden Folgeproblemen bei der Bereitstellung von Wohnraum und finanziellen Mittel bis hin zu Integrations-schwierigkeiten und Fremdenfeindlichkeit hingewiesen werden.

Infolge der zuvor genannten Entwicklungen erhöhten sich bis Ende 1995 die Anzahl der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer auf rd. 1.961.000 Personen sowie ihr Anteil an der Wohnbevölkerung auf durchschnittlich 11%;

Tab. 19: Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens 1988-1995
nach Ursache und Bevölkerungsgruppe

Jahr	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der Bevölkerung					
	durch Wanderung		durch natürliche Bewegung		insgesamt	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1988	+ 55.230	+ 75.983	- 22.779	+ 21.669	+ 32.451	+ 97.652
1989	+ 159.633	+ 73.260	- 26.716	+ 23.352	+ 132.917	+ 96.612
1990	+ 149.940	+ 90.536	- 19.137	+ 25.314	+ 130.803	+ 115.850
1991	+ 61.314	+ 93.272	- 20.131	+ 25.760	+ 41.183	+ 119.032
1992	+ 41.306	+ 119.900	- 19.636	+ 27.730	+ 21.670	+ 147.630
1993	+ 34.166	+ 46.479	- 28.187	+ 27.676	+ 5.979	+ 74.155
1994	+ 27.328	+ 35.808	- 33.503	+ 26.913	- 6.175	+ 62.954
1995	+ 33.900	+ 53.749	- 37.137	+ 26.454	- 3.237	+ 80.203
1988-95	+ 562.817	+ 588.987	- 207.226	+ 177.138	+ 355.591	+ 794.088

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 122)

im Landesteil Westfalen lag die Ausländerquote mit 9,1% weiterhin unter der des Rheinlandes (12,6%). Durch die vermehrte Flüchtlingszuwanderung wuchs gleichzeitig die „ethnische Vielfalt der ausländischen Minoritäten“ (KEMPER 1997, S. 394): 8,7% der ausländischen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens kamen nun aus Asien, 4,7% aus Afrika sowie 7,2% aus den ehem. Ostblockstaaten ohne Jugoslawien (MAGS NRW/LDS NRW 1997). Ein weiteres Viertel stammte aus den Ländern der seit Januar 1995 um Finnland, Österreich und Schweden erweiterten Europäischen Union; ihre Anteile gingen allerdings trotz überwiegend steigender absoluter Zahlen zurück.

Der Zuwachs der Personen aus den ehem. Anwerbeländern resultierte zum weitaus größten Teil aus der Zuwanderung von Flüchtlingen aus der Türkei sowie aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien und dem heutigen Jugoslawien (Serbien/Montenegro). Diese Nationalitätengruppen bildeten mit weitem Abstand die Mehrheit der Ausländer in Nordrhein-Westfalen: Rd. 692.000 Personen stammten aus der Türkei (35,3%), weitere 313.000 Personen aus dem ehem. Jugoslawien (16,0%). In der Nationalitätenstruktur der beiden Landesteile ließen sich Unterschiede vor allem beim Vergleich der ehem. Anwerbeländer feststellen, deren Anteil mit 69,2% im Rheinland noch immer unter dem Westfalens (75,1%) lag. Die dortigen Quoten

Tab. 20: Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und seinen Landesteilen am 31.12.1995

Staatsangehörigkeit	NRW gesamt		Westfalen		Nordrhein	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Türkei	692.179	35,3	299.728	39,1	392.451	32,9
Italien	146.669	7,5	49.786	6,5	96.883	8,1
ehem. Jugoslawien	312.759	16,0	132.308	17,3	180.451	15,1
Griechenland	113.375	5,8	44.241	5,8	69.134	5,8
Spanien	43.995	2,2	15.612	2,0	28.383	2,4
Portugal	39.057	2,0	18.651	2,4	20.406	1,7
Marokko	44.336	2,3	12.376	1,6	31.960	2,7
Tunesien	9.391	0,5	3.218	0,4	6.173	0,5
übrige EU-Länder*	159.694	8,1	47.601	6,2	112.093	9,4
übrige Länder	399.203	20,4	143.062	18,7	256.141	21,4
Ausländer insgesamt	1.960.658	100,0	766.583	100,0	1.194.075	100,0

* ohne Griechenland, Italien, Portugal und Spanien

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 20ff.)

der 'übrigen' EU-Angehörigen und aller anderen Ausländer übertrafen die westfälischen dagegen um jeweils rd. 3% (vgl. Tab. 20).

Ende 1995 waren 45,1% der Ausländer in Nordrhein-Westfalen weiblichen Geschlechts. Damit stieg der Frauenanteil seit 1987 zwar um rd. 2%, erreichte jedoch den der deutschen Bevölkerung nicht. Gleichzeitig war die Altersstruktur der Ausländer im Vergleich zur deutschen Bevölkerung unverändert erheblich 'jünger', wodurch die Überalterung der deutschen Bevölkerung teilweise ausgeglichen wurde. Obwohl die Quote der ausländischen Kinder unter 16 Jahren seit 1987 um rd. 2% auf 22,7% gesunken ist, lag der entsprechende Anteil bei der deutschen Bevölkerung mit 17,3% infolge hoher Geburtendefizite noch weit darunter. Unterschieden nach den einzelnen Nationalitäten zeigten sich die höchsten Kinderanteile bei Marokkanern, Türken und Tunesiern; die geringeren Quoten bei EU-Ausländern sind Ausdruck niedriger Geburtenraten und einer großen Zahl 'hochqualifizierter Facharbeiter', die teilweise ohne ihre Familien in Nordrhein-Westfalen leben.

Einen annähernd gleich hohen Anteil an 65jährigen und Älteren wie die deutsche Bevölkerung (15,9%) hatten die EU-Angehörigen aus den Nicht-Anwerbeländern. Durchschnittlich lag die Quote der Ausländer im Rentenalter im Jahr 1995 lediglich bei 3,2%; ihre Zahl wächst ungeachtet dessen erheblich, da die vor 25-40 Jahren angeworbenen Ausländer in diese Altersgruppe aufrücken.

Da eine Vielzahl ausländischer Flüchtlinge, osteuropäischer Arbeitnehmer und Migranten aus hochentwickelten Ländern erst seit Ende

der achtziger Jahre in die Bundesrepublik Deutschland einreiste und ihr Aufenthalt - mit Ausnahme der Asylberechtigten, denen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt wird - häufig zeitlich begrenzt ist (vgl. GLEBE 1997, KEMPER 1997), lebten sie Ende 1995 überwiegend kürzer als vier Jahre in Nordrhein-Westfalen. Besonders hervorzuheben sind hierunter die Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien (vgl. Tab. 21).

Der Aufenthalt der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien dauerte dagegen größtenteils bereits 20 Jahre und länger an. Hieran wird deutlich, daß im Unterschied zu den neuen Migrantengruppen aus vielen ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien „inzwischen Menschen geworden [sind], die sich auf Dauer hier aufhalten werden und deren Lebenssituation in unserem Lande nicht mehr den Charakter des Provisoriums trägt, wie das noch bei den Gastarbeitern in den fünfziger und sechziger Jahren der Fall war“ (HERRMANN 1992, S. 3). Gleichwohl ist die Bezeichnung 'Gastarbeiter', die den ursprünglich befristeten Aufenthalt der angeworbenen Ausländer zum Ausdruck bringen sollte, bis heute gebräuchlich. Dieses betrifft nicht nur die Arbeitsmigranten selber, sondern auch ihre im Rahmen der Familienzusammenführung nachgeholt Kinder, die sog. 'Zweite Generation', und deren in Deutschland geborene Kinder ('Dritte Generation'), die „längst nicht mehr Fremde mit deutscher Aufenthaltsgenehmigung sind, sondern Deutsche mit einem fremden Paß“ (BADE 1994b, S. 18).

Der wirtschaftliche Aufschwung durch die deutsche Einigung führte auch in Nordrhein-

Tab. 21: Aufenthaltsdauer der volljährigen ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen am 31.12.1995

Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren (Anteile in %)				
	unter 4	4 - 6	6 - 10	10 - 20	20 und mehr
Türkei	7,8	5,1	8,1	28,5	50,6
Italien	7,7	3,1	5,7	18,6	64,9
ehem. Jugoslawien	40,6	9,4	6,0	8,5	35,4
Griechenland	8,4	6,6	9,1	9,7	66,2
Spanien	5,7	1,8	2,5	8,0	82,0
Portugal	16,1	6,2	4,4	12,8	60,4
übrige Länder	27,6	12,1	16,0	18,8	25,5
insgesamt	19,7	8,0	10,1	19,3	42,9

(Quelle MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 101)

Westfalen zu einer positiven Beschäftigungsentwicklung, die aber weitgehend die deutschen Arbeitnehmer betraf; der Beschäftigungszuwachs bei der ausländischen Bevölkerung war überwiegend wanderungsbedingt. In den Jahren 1993 und 1994 verursachte die einsetzende Konjunkturschwäche einen erheblichen Arbeitsplatzabbau gerade in ausländerspezifischen Wirtschaftszweigen, so daß wie bereits 1975/76 und 1982/83 die Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überproportional anstieg (vgl. Abb. 2). Ihr im Vergleich zur deutschen Erwerbsbevölkerung höheres Kündigungsrisiko ist Ausdruck ihrer noch immer bedeutsamen 'Pufferfunktion' für den Arbeitsmarkt, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Es beruht darüber hinaus auf einem durchschnittlich niedrigeren beruflichen Qualifikationsniveau (s.u.); hinzu kommt die durch die Personalkosten verursachte Verlagerung traditioneller Ausländerarbeitsplätze in Niedriglohnländer (BÜRKNER 1997).

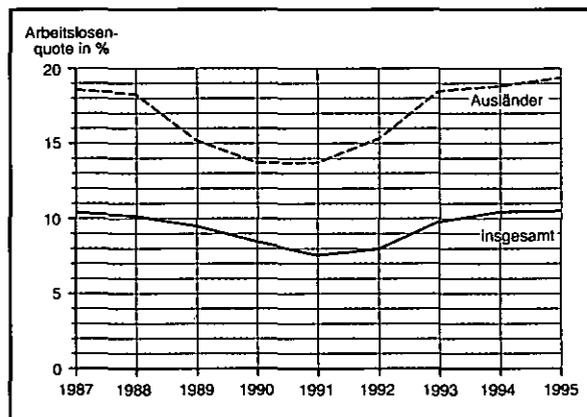


Abb. 2: Arbeitslosenquote der ausländischen und der gesamten Erwerbsbevölkerung in Nordrhein-Westfalen am 30.09.1987-1995 (Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 194)

Im regionalen Vergleich hat die Beschäftigung von Personen aus den ehem. Anwerbeländern im Ruhrgebiet „aufgrund der Deindustrialisierung seit Anfang der achtziger Jahre relativ an Bedeutung verloren“ (KEMPER 1997, S. 396), was bei der ausländischen Bevölkerung zu Arbeitslosenquoten von über 20% führte. Dagegen wird die Ausländerkonzentration in Dienstleistungszentren teilweise durch hochqualifizierte Facharbeitskräfte bestimmt (s.u.), die keine 'Problemgruppen' für den regionalen Arbeitsmarkt darstellen.

Ende 1995 waren in Nordrhein-Westfalen rd. 378.000 ausländische Männer und 166.000 Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (MAGS NRW/LDS NRW 1997); ihr Anteil an allen Beschäftigten stieg mit 9,3% auf das Niveau von 1975, allerdings bei gleichzeitig sinkender Erwerbsquote. Diese ist seit 1987 ebenso wie die der deutschen Bevölkerung zurückgegangen, so daß beide im April 1995 mit jeweils rd. 45% auf dem gleichen Niveau lagen. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist die Ursache für diese Entwicklung in den zunehmenden Asylbewerberzahlen zu sehen. Mit dem Gesetz zur Änderung arbeitsförderungsrechtlicher und anderer sozialrechtlicher Vorschriften vom Juli 1991 wurde die Wartezeit auf die allgemeine Arbeitserlaubnis für Asylbewerber und deren Angehörige zwar abgeschafft, eine allgemeine Arbeitserlaubnis wird derzeit aber nur in Abhängigkeit von der Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit nachrangig zu allen anderen Arbeitnehmern erteilt (BLAHUSCH 1992).

Unterschieden nach Geschlechtern zeigten sich deutliche Differenzen in der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung: Die Erwerbsquote bei den ausländischen Frauen (30,9%) blieb im Gegensatz zu der auf 34,6% gestiegenen der deutschen Frauen konstant. Dagegen näherten sich die Erwerbsquoten deutscher und ausländischer Männer an; sie lag bei letzteren mit 57,1% jedoch noch immer um 1,5% höher. Im Nationalitätenvergleich hatten die EU-Angehörigen die größte Erwerbsbeteiligung, Türken und Marokkaner die niedrigste (vgl. Tab. 22). Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Ausländer war mit 11,4% gegenüber dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt (7,9%) verhältnismäßig hoch (MAGS NRW/LDS NRW 1997).

Nach wie vor dominierten unter den ausländischen Erwerbstätigen die abhängig Beschäftigten; der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist mit zusammen 8% seit 1987 nur geringfügig um 1,4% gestiegen. Annähernd zwei Drittel der ausländischen Arbeitnehmer (61% der Männer und 69% der Frauen) gelten als niedrig qualifiziert, da sie keine oder eine berufsfremde Ausbildung haben. Der entsprechende Anteil bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Deutschen liegt mit rd. 30% weitaus niedriger, ein deutliches Zeichen dafür, daß das Qualifikationsniveau der beiden Bevölkerungsgruppen

Tab. 22: Erwerbsquote der ausländischen Männer und Frauen in Nordrhein-Westfalen im April 1995

Staatsangehörigkeit	Erwerbsquote		
	gesamt	Männer	Frauen
Italien	55,9	69,0	36,1
Griechenland	57,2	65,6	47,0
Portugal	58,6	67,7	48,5
Spanien	57,1	64,4	49,6
EU-Staaten gesamt	56,8	67,0	43,7
Polen	51,8	57,9	45,4
ehem. Jugoslawien	50,8	58,0	42,1
Marokko	33,0	42,6	*
Türkei	38,9	54,0	21,5
übrige Staaten	39,7	49,7	29,3
insgesamt	45,1	57,1	30,9

* keine Angabe

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 191)

noch immer erheblich voneinander abweicht. Auch der Vergleich zwischen den Anteilen deutscher (52,5%) und ausländischer Angestellter (18,0%) zeigt keine Verbesserung der beruflichen Integration der ausländischen Erwerbsbevölkerung seit 1987 (vgl. Tab. 23), trotz gesteigener durchschnittlicher Aufenthaltsdauer und verbesserter schulischer Ausbildung insbesondere der hier geborenen 'Dritten Generation' aus den ehem. Anwerbeländern. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil vor allem der männlichen Facharbeiter - bedingt durch die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus hochentwickelten Ländern - erheblich auf 27% an.

Anzahl und Anteil der Ausländer (Tab. 24) an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren Mitte 1995 entsprechend der ins-

gesamt gestiegenen Ausländerquote Nordrhein-Westfalens in allen Wirtschaftsabteilungen größer als 1987. Eine Ausnahme stellte nur der Bereich Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau dar, der infolge des Strukturwandels absolute und relative Verluste ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzeichnete. Bei rd. 18.000 Erwerbstätigen lag ihre Quote mit 9,8% um 1,7% unter der des Jahres 1987. Dagegen erhöhten sich - vor allem durch die temporäre Zuwanderung von Saisonarbeitern aus Osteuropa - die Beschäftigtenzahlen und ihre Anteile in der Land- und Forstwirtschaft um annähernd das Dreifache auf rd. 6.600 Personen und 14,4%. Eine deutliche Aufstockung auf rd. 45.000 Erwerbstätige und 12,1% erfuhr auch das Baugewerbe; die Zahlen im Handel verdoppelten sich auf rd. 56.000 Beschäftigte und 6,4%. Im öf-

Tab. 23: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen nach ihrer Stellung im Beruf am 30.06.1995

Stellung im Beruf	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Anteile in %)		
	Männer	Frauen	insgesamt
Nichtfacharbeiter/-innen ohne Berufsausbildung	47,6	48,7	48,0
Nichtfacharbeiter/-innen mit Berufsausbildung	7,3	5,0	6,6
Facharbeiter/-innen	27,0	5,7	20,5
Meister/-innen, Poliere	0,6	0,1	0,4
Angestellte ohne Berufsausbildung	2,6	7,3	4,0
Angestellte mit Berufsausbildung	9,3	24,5	14,0
Beschäftigte in Ausbildungsverhältnissen	5,6	8,8	6,5

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 176ff.)

Tab. 24: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftsabteilungen am 30.06.1995

Wirtschaftsabteilung	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer					
	gesamt		Männer		Frauen	
	absolut	%*	absolut	%*	absolut	%*
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6.629	14,4	5.891	17,6	738	5,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	17.663	9,8	17.381	10,7	282	1,7
Verarbeitendes Gewerbe	231.333	11,9	183.305	12,4	48.028	10,3
Baugewerbe	44.700	12,1	43.317	13,0	1.383	3,8
Handel	55.802	6,4	33.920	8,2	21.882	4,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	24.033	8,5	19.760	9,8	4.273	5,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3.907	1,8	1.676	1,6	2.231	1,9
sonstige Dienstleistungen	138.292	9,8	61.677	12,3	76.615	8,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	9.415	5,4	4.074	7,2	5.341	4,5
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	12.640	3,8	6.950	4,4	5.690	3,2
insgesamt	544.414	9,3	377.951	11,0	166.463	6,9

* Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 176ff.)

fentlichen Dienst und bei den gehobenen Dienstleistungen lagen die Anteile noch immer weit unter dem Durchschnitt; der Schwerpunkt der Ausländerbeschäftigung zeigte sich weiterhin im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Darüber hinaus veranschaulicht Tabelle 24 deutliche Unterschiede zwischen den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männern und Frauen aus dem Ausland. Nur im Wirtschaftsbereich 'Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe' lag der Frauenanteil mit 1,9% leicht über dem Männeranteil (1,6%).

Anders als im Zeitraum zwischen 1975 und 1987 stiegen die absoluten Zahlen der Ausländer und ihre Anteile an der Wohnbevölkerung seit 1987 in allen Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens. Karte 2.4 zeigt aber auch Ende 1995 eine erhebliche Disproportion in ihrer regionalen Verteilung. Der

Schwerpunkt lag unverändert beim Landesteil Nordrhein, wobei die wachsenden Ausländerzahlen des Rhein-Verdichtungsraumes überwiegend aus Wanderungsgewinnen resultierten. Der stärker auf Geburtenüberschüssen beruhende Zuwachs blieb aufgrund der stagnierenden ökonomischen Basis im Ruhrgebiet dahinter zurück (vgl. GANS 1997); gleiches gilt für die strukturschwachen und ländlichen Regionen des Rheinlandes. Die Stadt Köln verzeichnete die größte Steigerung um 55.000 auf rd. 198.000 Personen. Der dortige Ausländeranteil übertraf mit 20,5% erstmals ein Fünftel der gesamten Wohnbevölkerung. Quoten zwischen 17% und 19% erreichten die Städte Düsseldorf (109.000 Personen), Duisburg (93.000 Personen) und Remscheid (22.000 Personen). Die Anteile der übrigen kreisfreien Städte lagen unter dem nordrheinischen Durchschnitt von 15,3% (vgl. Tab. 25). Von 9,6% auf 12%

Tab. 25: Ausländeranteil in den Kreisen und kreisfreien Städten der Landesteile Nordrhein und Westfalen am 31.12.1995

Landesteile	Verwaltungsebenen	Ausländeranteil (%)
Nordrhein	Kreise	9,6
	Kreisfreie Städte	15,3
Westfalen	Kreise	8,0
	Kreisfreie Städte	11,7

(Quelle: MAGS NRW/LDS NRW 1997, S. 36ff.)

erhöhten sich die Anteile der Kreise Neuss und Mettmann bei absoluten Ausländerzahlen von 52.000 bzw. 61.000 Personen. In den übrigen Kreisen lagen sowohl die Anteile als auch die absoluten Zahlen teilweise erheblich darunter; die geringste Konzentration wies der Kreis Euskirchen mit 5,4% (10.000 Personen) auf.

Trotz höherer Wachstumsraten in den ländlichen Regionen wurden die Stadt-Land-Unterschiede somit kaum vermindert (vgl. KEMPER 1997). Dies läßt sich anhand der durchschnittlichen Ausländeranteile an der Wohnbevölkerung in den kreisfreien Städten verdeutlichen, die in Nordrhein um 5,7% und in Westfalen um 3,7% über denen der Kreise lagen. Dennoch gewannen die ländlichen Räume bei der Aufnahme der ausländischen Bevölkerung aufgrund der allgemeinen Tendenz zum Wohnen im Umland und der Zuweisung von Flüchtlingen zunehmend an Bedeutung.

Auch in Westfalen erhöhten sich in den traditionellen Konzentrationsgebieten der ausländischen Bevölkerung sowohl ihre Anzahl als auch ihre Anteile an der Wohnbevölkerung besonders stark: In den Ruhrgebietsstädten Dortmund (74.000 Personen) und Gelsenkirchen (41.000 Personen), im Kreis Recklinghausen (64.000 Personen), im Märkischen Kreis (57.000 Personen) sowie in der ostwestfälischen Stadt Bielefeld (43.000 Personen) übertrafen die absoluten Zahlen die der anderen Kreise und kreisfreien Städte teilweise erheblich; den prozentualen Anteil der nordrheinischen Großstädte erreichten sie mit rd. 10-14% aber nur bedingt. In den übrigen Kreisen und den kreisfreien Städten Münster, Bochum und Bottrop lagen die Ausländeranteile noch immer unter 10%. Die Kreise Höxter und Coesfeld hatten mit jeweils rd. 4% und 7.000-8.000 Personen wie bereits zuvor die geringsten Ausländerwerte; ungeachtet dessen erhöhten sich

hier die absoluten Zahlen und die relativen Anteile seit 1987 um das Doppelte. Diese Entwicklung ist - wie in den anderen ländlich-gewerblich geprägten Kreisen Westfalens - auf die weitere Zuweisung ausländischer Flüchtlinge in die hier vorhandenen Aufnahmeeinrichtungen zurückzuführen. Die Anteile der Asylbewerber, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlinge an allen Ausländern lagen - mit Spitzenwerten um 30% in den Kreisen Coesfeld und Steinfurt - in den ländlichen Regionen mit zuvor geringen Ausländerzahlen besonders hoch, wohingegen die Ruhrgebietskreise die absoluten Höchstwerte aufwiesen (vgl. Abb. 3). Im Landesteil Nordrhein erreichten die Flüchtlingsanteile dagegen deutlich niedrigere Werte.

Die Verteilung ausländischer Flüchtlinge hat nicht zuletzt einen Einfluß auf die Nationalitätenstruktur im ländlichen Raum Westfalens. Die bereits im Jahr 1987 hohen Anteile der Personen aus den 'übrigen' europäischen und außereuropäischen Staaten stiegen dort um bis zu 6% auf 26,5% im Kreis Minden-Lübbecke; Quoten über 20% erreichten nun auch die Kreise Borken, Soest und Paderborn. Im Vergleich hierzu erhöhten sich ihre Anteile in den kreisfreien Städten lediglich um 1-2%. Ähnliches läßt sich für die Verteilung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien feststellen, deren Unterbringung in den Kreisen zu erheblich höheren Quoten der ex-jugoslawischen Bevölkerung insgesamt (13-32%) als in den kreisfreien Städten (12-19%) führte. Den größten Zuwachs zwischen 13% und 21% hatten die westmünsterländischen Kreise. Dagegen verloren die Ausländer aus den ehem. Anwerbestaaten und die übrigen EU-Angehörigen in Westfalen trotz steigender absoluter Zahlen relativ an Bedeutung.

Im Gegensatz dazu erhöhten sich die Anteile der EU-Ausländer aus den Nicht-Anwerbestaaten in der Mehrzahl der Großstädte im Rhein-Verdichtungsraum, nicht jedoch im Ruhrgebiet und dem ländlichen Raum. Diese Entwicklung beruht ebenso wie die Zunahme der Personen aus den 'übrigen' europäischen und außereuropäischen Ländern im größten Teil der dienstleistungsgeprägten Städte auf der weiteren Zuwanderung statushoher Migranten; ihr Anteil an allen Ausländern lag z.B. in Düsseldorf Ende 1995 bei 13,3%, im Vergleich zu 6,6% im bundesdeutschen Durchschnitt (GLEBE 1997).

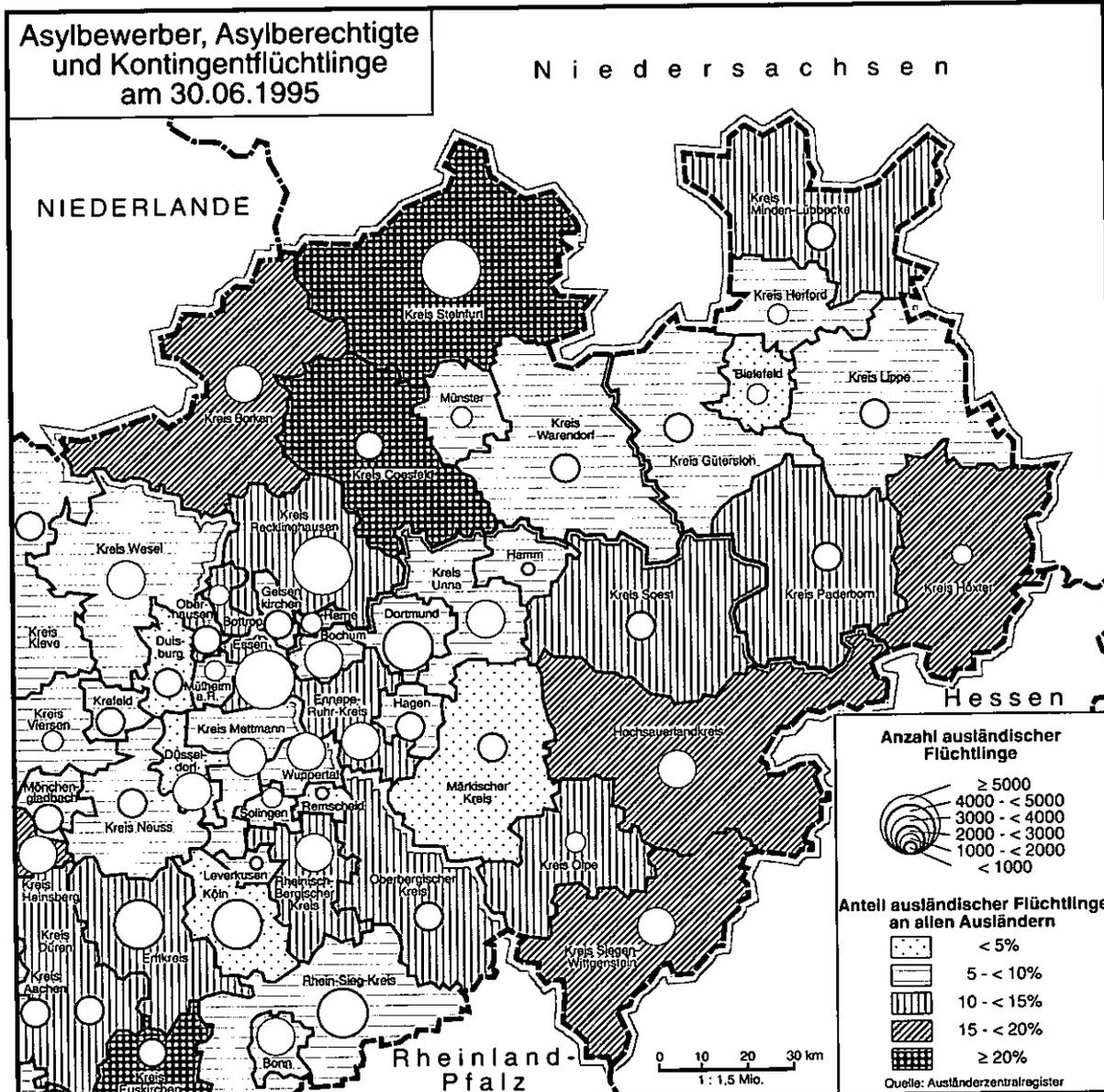


Abb. 3: Asylbewerber, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge am 30.06.1995

3.5 VERLAUF UND PERSPEKTIVEN DER INTEGRATION VON AUSLÄNDERN

Seit Beginn der umfangreichen Ausländerzuwanderung nach Nordrhein-Westfalen veränderten sich nicht nur die nationale und demographische Zusammensetzung der Migranten, sondern mit zunehmenden Aufenthaltszeiten auch ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft. Die von 1955 bis 1973 nur für einen begrenzten Zeitraum angeworbenen Arbeitnehmer wurden zwar weitgehend toleriert, lebten jedoch zumeist isoliert von den

Einheimischen und fanden wenig Kontakt zu ihnen.

Nach dem Anwerbestopp entschlossen sich zahlreiche 'Gastarbeiter' für den Verbleib in Deutschland, da sie - sofern nicht Angehörige eines damaligen EG-Staates - beim Verlassen des Landes keine Rückkehrmöglichkeit hatten. Aus den ehemaligen Gästen wurden faktisch Einwanderer, die ihre Familienangehörigen in die Bundesrepublik nachholten. Heute leben bereits 43% aller volljährigen Ausländer seit über 20 Jahren in Nordrhein-Westfalen; hinzu kommt eine große Anzahl hier geborener Kin-

der. Ein weiteres Anzeichen für den Übergang zum Einwanderungsprozeß ist die Entstehung von eigenständigen Vereinen, Geschäften, Lokalen, kirchlichen und schulischen Einrichtungen.

Als Konsequenz dieser Entwicklung stellte die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer in ihrem Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland vom Dezember 1995 fest: „Die Frage lautet nicht mehr, ob wir mit Migranten zusammenleben wollen, sondern nur noch, wie wir dieses Zusammenleben gestalten wollen“ (Ausländerbeauftragte 1995, S. 11). Gleichwohl basiert die deutsche Ausländerpolitik auch heute noch auf der Erwartung, daß die Mehrheit der Ausländer nach einem vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland letztendlich wieder in ihr jeweiliges Heimatland zurückkehrt. Auch aus diesem Grund ist die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Integration der ausländischen Bevölkerung - ungeachtet der gegenseitigen Annäherung - nur unzureichend fortgeschritten, welches sich nicht nur in ihrer im Vergleich zur deutschen Bevölkerung überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit und schlechteren beruflichen Stellung dokumentiert. Ein zusätzliches bedeutendes Problem, das auch und vor allem die seit den achtziger Jahren verstärkt zuwandernden ausländischen Flüchtlinge betrifft, ist die offene oder verdeckte Ausländerfeindlichkeit. Erhebliche herkunftsbedingte Ungleichheiten bestehen darüber hinaus zwischen EU- und Nicht-EU-Angehörigen u.a. bezüglich ihres Aufenthaltsrechtes. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Visumpflicht für Minderjährige, die aus nichteuropäischen Staaten stammen. Weiterhin gilt das im Dezember 1994 in Kraft getretene erweiterte Kommunalwahlrecht ausschließlich für Bürger der EU-Staaten.

Ein wichtiger Schritt in Richtung einer erfolgreichen Integration der zugewanderten ausländischen Bevölkerung wie auch der deutschstämmigen Spätaussiedler gelang in Nordrhein-Westfalen durch die Gründung des „Landeszentriums für Zuwanderung NRW“ in Solingen im Januar 1998. Die Aufgaben dieser Institution, die der Aufsicht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales untersteht, liegen nicht nur in der Entwicklung und Umsetzung gleichstellungsorientierter Integrationskonzepte, sondern auch in der Erarbeitung modellhafter An-

gebote für die Beratung, Fort- und Weiterbildung von Zuwanderern sowie der Dokumentation von Diskriminierungstatbeständen, auf deren Basis Vorschläge zu ihrer Überwindung erarbeitet werden sollen.

Da Deutschland faktisch zu einem Einwanderungsland geworden ist, ist die Ausländerpolitik der Bundesregierung mit dem Ziel einer Integration auf Zeit der aktuellen Situation im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen nicht mehr angemessen. Alternativen hierzu können entweder die Gewährung bürgerlicher Grundrechte für Ausländer mit langen Aufenthaltszeiten ohne die Aufgabe der ursprünglichen Staatsangehörigkeit sein oder aber ein Einwanderungsrecht als Steuerungssystem der Zuwanderungen auf Bundes- und Länderebene und die weitere Erhöhung der Einbürgerungschancen der ausländischen Bevölkerung.

Letzteres geschah zwar bereits mit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes im Januar 1991 durch die Erleichterung der Einbürgerung für Ausländer im Alter von 16 bis 23 Jahren (§ 85 AuslG) und Ausländer, die seit mindestens 15 Jahren in der Bundesrepublik leben (§ 86 AuslG). Voraussetzungen hierfür sind neben der Aufgabe der ursprünglichen Staatsangehörigkeit der Nachweis, bislang nicht wegen einer Straftat verurteilt worden zu sein, ein fester Wohnsitz und ein gesicherter Lebensunterhalt. Gleichwohl spielen Einbürgerungen bislang noch eine untergeordnete Rolle; die jährliche Einbürgerungsquote hat sich zwischen 1974 und 1994 zwar von 0,3% auf 1% der ausländischen Bevölkerung erhöht, liegt aber im Vergleich zum Anteil der Ausländer, die die Einbürgerungskriterien erfüllen, noch immer sehr niedrig. Eine doppelte Staatsbürgerschaft, die von 35% der in Deutschland lebenden Ausländer gewünscht wird (MÜNZ et al. 1997), ist bislang nur in Ausnahmefällen vorgesehen (§ 87 AuslG).

Bezüglich der zu erwartenden Entwicklung kann festgestellt werden, daß weitere erhebliche Wanderungsbewegungen innerhalb der EU als Auswirkung des europäischen Binnenmarktes bevorstehen. Hinzu kommen Zuwanderungen aus Ost- und Südosteuropa und aus Ländern der 'Dritten Welt', bedingt durch das globale Entwicklungsgefälle und die sich verschärfenden wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Krisensituationen (BADE 1994b). MÜNZ et al. (1997)

prognostizieren eine Verdopplung der Ausländerzahlen bis zum Jahr 2030, sofern diese Entwicklung nicht durch eine Erhöhung der Einbürgerungsquote abgeschwächt wird.

Gegenwärtige und zukünftige Aufgabenfelder der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer europäischen Politik liegen in der Verbesserung der Integration der ausländischen Bevölkerung, nicht jedoch ihrer Assimilation. Die Begegnung und das Miteinander der Kulturen sollte als Chance begriffen werden. Hierzu zählt auch die Anerkennung der Einwanderungssituation vor allem der ehem. 'Gastarbeiter' und ihrer Familien mit allen Konsequenzen bei der Gewährung bürgerlicher Grundrechte. Auch ist es notwendig, einen quantitativen Rahmen für zukünftige Zuwanderungen festzulegen und die immer stärker zunehmenden illegalen Einwanderungen einzudämmen. Nicht zuletzt sollte das weitere Bestreben darin liegen, mehr als gegenwärtig Wanderungs- und Fluchtursachen im Rahmen einer aktiven Außen- und Entwicklungspolitik bereits in den Herkunftsländern zu bekämpfen.

LITERATUR

- ABELSHAUSER, W. (1987): Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Eine Skizze. In: SCHULZE, R./ BRELIE-LEWIEN, D. v. D./ GREBING, H. (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945, Band 4), S. 229-238. Hildesheim
- ANGENENDT, S. (1992): Ausländerforschung in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und inhaltliche Entwicklung eines aktuellen Forschungsbereiches. Frankfurt a.M., New York
- AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE siehe Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- BADE, K. J. (Hg.) (1990): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster
- BADE, K. J. (Hg.) (1992): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München
- BADE, K. J. (1994): Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Hannover
- BÄHR, J. (1983): Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. Stuttgart
- BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE DER AUSLÄNDER (Hg.) (1995): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- BENZ, W. (1992): Fremde in der Heimat: Flucht - Vertreibung - Integration. In: BADE, K. J. (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, S. 374-386. München
- BLAHUSCH, F. (1992): Flüchtlinge auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Eine empirische Untersuchung am Beispiel Hessens. Frankfurt a. M.
- BODE, V. (1997): Die Zerstörung der Städte im Zweiten Weltkrieg. In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE LEIPZIG (Hg.): Atlas Bundesrepublik Deutschland, Pilotband, S. 50-51. Leipzig
- BÖHME et al. (Hg.) (1994): Migration und Ausländerfeindlichkeit. Darmstadt
- BÜRKNER, H.-J. (1997): Jugendliche Arbeitsmigranten in Deutschland. Perspektiven am Arbeitsplatz, in Schule und Familie. In: GR 49, Heft 7-8, S. 418-422
- BUNDESMINISTERIUM FÜR VERTRIEBENE, FLÜCHTLINGE UND KRIEGSGESCHÄDIGTE (Hg.) (1969): 1949-1969. 20 Jahre Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Heidelberg
- BVFK siehe Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hg.) (1992): Ausländer (= Informationen zur politischen Bildung 237). München
- DIETZ, F. (1987): Entwicklung und Struktur der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland - Ein Vergleich zwischen Ausländern und Deutschen. In: HÖNEKOPP, E. (Hg.): Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 114), S. 67-143. Nürnberg
- DEUTSCHER VERBAND FÜR ANGEWANDTE GEOGRAPHIE E. V. (Hg.) (1984): Ausländerintegration - Politik ohne Alternative. Ergebnisse der DVAG-Jahrestagung am 22. und 23. September 1983 in Stuttgart (= Material zur Angewandten Geographie 9). Bochum
- DREGER, R./ LAMSHIK, K. (Hg.) (1995): Woher kommst Du - wohin gehst Du? Migrationsbewegungen im Ruhrgebiet. Münster
- ESSER, H. (1985): Ausländische Bevölkerung und großstädtische Entwicklungen. In: FRIEDRICH, J. (Hg.): Die Städte in den 80er Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen, S. 117-146. Opladen
- FRIEDRICH, J. (Hg.) (1985): Die Städte in den 80er Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen. Opladen
- GANS, P. (1997): Ausländische Bevölkerung in Großstädten Deutschlands. Regionale Trends und Wirtschaftsstruktur. In: GR 49, Heft 7-8, S. 399-405
- GLEBE, G. (1997): Statushöhe ausländische Migranten in Deutschland. In: GR 49, Heft 7-8, S. 406-412
- GRANICKY, G. (1949): Die Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Flüchtlingszählung 1947 (= Sonderausgabe "Der Wegweiser" - Mitteilungsblatt für das Flüchtlingswesen). Düsseldorf
- HERBERT, U. (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter - Zwangsarbeiter - Gastarbeiter. Berlin, Bonn
- HERRMANN, H. (1992): siehe Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
- HÖFLING-SEMNER B. (1995): Flucht und deutsche Asylpolitik. Von der Krise des Asylrechts zur Perfektionierung der Zugangsverhinderung. Münster

- HÖNEKOPP, E. (Hg.) (1987): Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 114). Nürnberg
- JOLLES, H. M. (1965): Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Köln, Berlin
- KEMPER, F.-J. (1997): Ausländer in Deutschland. Ethnische Vielfalt und regionale Schwerpunkte. In: GR 49, Heft 7-8, S. 392-398
- KLEINERT, U. (1990): Die Flüchtlinge als Arbeitskräfte - zur Eingliederung der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen nach 1945. In: BADE, K. J. (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, S. 37-60. Münster
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1964): Die Ausländer in Nordrhein-Westfalen nach Staatsangehörigkeit, Alter und Familienstand. Ergebnisse der Volkszählung am 6. Juni 1961 (= Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 6). Düsseldorf
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1976): Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1976. Düsseldorf
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1984): Vertriebene und Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1990): Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben sowie Stellung im Beruf (= Sonderreihe zur Volkszählung 1987 in Nordrhein-Westfalen Bd. 2.8). Düsseldorf
- LDS NRW siehe Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
- LEMBERG, E./ EDDING, F. (Hg.) (1959): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Band 1. Kiel
- LENDL, E. (1959): Wandel der Kulturlandschaft. In: LEMBERG, E./ EDDING, F. (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Band 1, S. 455-499. Kiel
- LICHTENBERGER, E. (1984): Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften. Wien
- LIENAU, C. (1987): Rückkehr oder Verbleib? Die Struktur griechischer Remigrationsgebiete als Faktor für die Rückkehrentscheidung von Gastarbeitern. In: MAYR, A./WEBER, P. (Hg.): 100 Jahre Geographie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Münstersche Geographische Arbeiten 26, S. 239-249. Paderborn
- McRAE, V. (1980): Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme. München
- MAGS NRW siehe Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1994): Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik (= Landessozialbericht, Bd. 6). Neuss
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN/LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1977): Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen. Zahlenspiegel. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN/LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1988): Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen. Zahlenspiegel 1987. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN/LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.) (1997): Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen. Zahlenspiegel 1996. Düsseldorf
- MÜLLER, G./ SIMON, H. (1959): Aufnahme und Unterbringung. In: LEMBERG, E./ EDDING, F. (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Band 1, S. 300-446. Kiel
- MÖNZ, R./ SEIFERT, W./ ULRICH, R. (1997): Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt a. M.
- NELLNER, W. (1959): Grundlagen und Hauptergebnisse der Statistik. In: LEMBERG, E./ EDDING, F. (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Band 1, S. 61-144. Kiel
- PFEIL, E. (1959): Regionale Selbsthaftmachung. In: LEMBERG, E./ EDDING, F. (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Band 1, S. 447-454. Kiel
- POLLERN, H.-I. v. (1981): Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen seit 1979. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 1. Jg., H. 1, S. 33-36. Baden-Baden
- RADEMACHER, M./ SEIDEL, H. (1975): Ausländer in Deutschland, Deutsche im Ausland. Düren
- ROTHENBURG-UNZ, S. (1984): Die eigenethnische Gruppenbildung der ausländischen Bevölkerung. In: DEUTSCHER VERBAND FÜR ANGEWANDTE GEOGRAPHIE E. V. (Hg.): Ausländerintegration - Politik ohne Alternative. Ergebnisse der DVAG-Jahrestagung am 22. und 23. September 1983 in Stuttgart (= Material zur Angewandten Geographie 9), S. 81-85. Bochum
- SCHMIEDE R. (1994): Migration und Arbeitsmarkt - Deutschland als Einwanderungsland. In: BÖHME et al. (Hg.): Migration und Ausländerfeindlichkeit, S. 70-80. Darmstadt
- SCHULZE, R. (1990): Zuwanderung und Modernisierung - Flüchtlinge und Vertriebene im ländlichen Raum. In: BADE, K. J. (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, S. 81-105. Münster
- SCHULZE, R./ VON DER BRELIE-LEWIEN, D./ GREBING, H. (Hg.) (1987): Flüchtlinge und Vertriebene in der Westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven der künftigen Forschungsarbeit. Hildesheim
- SCHUMACHER, H. (1995): Einwanderungsland BRD. Düsseldorf
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) (1976): Statistisches Jahrbuch 1976 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart und Mainz
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) (1988): Statistisches Jahrbuch 1988 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart und Mainz
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) (1995): Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland. Wiesbaden
- STEFANSKI, V. M. (1995): Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet von den 'Ruhrpolen' im späten 19. Jahrhundert bis zu den ausländischen Arbeitnehmern unserer Tage. In: DREGER, R./ LAMSHIK, K. (Hg.): Woher kommst Du - wo

- hin gehst Du? Migrationsbewegungen im Ruhrgebiet, S. 16-38. Münster
- STEINBERG, H. G. (1994): Menschen und Land in Nordrhein-Westfalen. Eine kulturgeographische Landeskunde (= Schriften zur politischen Landeskunde 8). Köln
- THRÄNHARDT, D./ WOLKEN, S. (Hg.) (1988): Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Freiburg i. B.
- WALDORF, B. (1997): Rückkehrabsichten und -verhalten von Ausländern in Deutschland. In: GR 49, Heft 7-8, S. 423-427
- WOLFRAM, U./ v. ROHR, H.G. (1976): Die Ausländerbevölkerung in Nordrhein-Westfalen. Regionale Disparitäten und ihre Bedeutung für die Landesentwicklung (= Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Bd. 1.012). Dortmund
- WOLKEN, S. (1988): Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: THRÄNHARDT, D./ WOLKEN, S. (Hg.): Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, S. 62-97. Freiburg i. B.
- Anschrift der Verfasserin: Dipl.-Geogr. Claudia Averbeck, Soester Straße 46, 48155 Münster

Verlag: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung GmbH & Co., Münster

© 1997 Landschaftsverband Westfalen-Lippe,
Geographische Kommission für Westfalen

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54, Abs. 2, UrhG, werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

Gesamtherstellung: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung GmbH & Co., Münster, 1997

9. Lieferung insgesamt
ISBN 3-402-06204-6

Doppelblatt: Vertriebene, Deutsche aus der SBZ/DDR und Ausländer
ISBN 3-402-06208-9